

Oskar Weggel

Geschichte und Gegenwartsbezug

Teil 3: Abschied vom 2000jährigen China? Die Jahre des Übergangs und der gesellschaftlichen Umverwandlung (1949-1952)

Gliederung:

1. Die Jahre des Reparierens und des Ärmelhochkrepfels
 - 1.1. Das Ende von "Luan" (Chaos) und die Neue Ordnung
 - 1.2. Die "Übernahme" Chinas durch die Sieger
 - 1.3. Der Sieg über die Inflation
 - 1.4. Eine neue - wenn auch noch vorläufige - Verfassung
 - 1.4.1. Prinzipien und Institutionen
 - 1.4.2. Grundentscheidungen in der Minderheitenpolitik
 - 1.5. Die offiziellen Aufgabenstellungen 1949/50
 - 1.6. Die wirtschaftliche Bilanz der Übergangsphase
 - 1.7. Neubesinnung im Zeichen der "Mao-Zedong-Ideen" und Herausbildung einer neuen Klasse
2. Finis Sinarum? Die Abrechnung mit der überkommenen Gesellschaftsordnung
 - 2.1. Kampagnen als Treibsatz des Veränderungsprozesses
 - 2.2. Todesstoß für die alte Gesellschaft: die Sechs großen Kampagnen
 - 2.2.1. Das Jahrhundertereignis Bodenreform
 - 2.2.2. Die Ehereform-Kampagne
 - 2.2.3. Die "Kampagne zum Widerstand gegen Amerika und zur Hilfe für Korea"

- 2.2.4. Die Kampagne gegen die "Konterrevolutionäre"
- 2.2.5. Die "Drei- und Fünf-Anti-Kampagnen"
- 2.2.6. Die "Gedankenreform"-Kampagne
3. Die vier militärischen Unternehmungen der frühen fünfziger Jahre
 - 3.1. Die Bereinigung der Inselfront
 - 3.2. Die "friedliche Befreiung" Tibets
 - 3.3. Der Koreakrieg
 - 3.4. Die Fata morgana Taiwan
4. Die ersten außenpolitischen Gehversuche
5. Die Bedeutung der Jahre 1949/52 für die nachfolgende Geschichte

1. **Die Jahre des Reparierens und des Ärmelhochkrepfels**
 - 1.1. **Das Ende von "Luan" (Chaos) und die Neue Ordnung**

1949/50 kam jener kritische Augenblick, den jede siegreiche Aufstandsbewegung zu fürchten hat: die Umschaltung von der Guerilla auf die Normalitätsphase - und dies inmitten urbaner Zentren, mit denen die Kommunisten, die seit 1927 in ländlichen Stützpunktbereichen gekämpft hatten, keinerlei Erfahrung besaßen.

Zwölf Jahre Krieg lagen hinter den Chinesen: ihre Landwirtschaft war ausgepowert, das Bewässerungswesen durch wiederholte Sprengungen der Flußdeiche außer Kontrolle ge-

raten, die Industrie weitgehend zerstört, die Infrastruktur zusammengebrochen und das Geldwesen durch eine galoppierende Inflation ins Grotteske aufgebläht.

Was China jetzt, in der Reparaturphase, am nötigsten hatte, war entschlossenes Ärmelhochkrepeln und lautere Gesinnung. Für beides brachten KPCh und VBA im Augenblick die besten Voraussetzungen mit. Was sie mit entschlossenem Zugreifen in nur wenigen Wochen schafften, war imposant und nötigte den Städtern Respekt, ja Bewunderung ab.

Es begann damit, daß die Stadtbewohner angenehm überrascht waren von den Truppen der "Volksbefreiungsarmee", die gemäß ihren viele Jahre hindurch verinnerlichten Verhaltensvorschriften "keine Nadel und keinen Faden anrührten, nicht plünderten, Frauen nicht belästigten" und, wie etwa bei der Eroberung von Shanghai, sogar auf den Straßen kapierten und mit wohlthuender Zurückhaltung dafür sorgten, daß schon nach wenigen Tagen kein "Luan" (Chaos) mehr spürbar war. Sogar die frühere Guomindang-Bürokratie durfte auf ihren Posten bleiben, nachdem sie mit Instruktionen versehen worden war. Außerdem sorgten die neuen Herren für die Beseitigung von Kriegsspuren, reparierten Straßen-, Brücken- und Wasserleitungsschäden, ließen Schornsteine wieder rauchen, schalteten Kriminelle und Straßenganoven aus, sorgten für die Unterkunft der Bettler und steckten die Prostituierten in Umerziehungsanstalten (1). Während sie sich der eigenen Bevölkerung gegenüber zuvorkommend verhielten, zeigten sie den Ausländern die Zähne - ein Verhalten, das vor allem den Patrioten unter den Bewohnern Shanghais, Tianjins und anderer Küstenstädte Bewunderung abnötigte, und fielen überhaupt durch angenehme Manieren auf, wie man sie bei den Guomindang-Truppen durchaus nicht immer angetroffen hatte.

Der einfache Chinese, dem "Ordnung" fast noch heiliger ist als dem Durchschnittsdeutschen, quittierte diese erstaunlichen Änderungen mit Genugtuung und sogar mit schnell aufkeimendem Vertrauen: Sollte man sich von den Kommunisten falsche Vorstellungen gemacht haben, und hatte die Guomindang-Propaganda nicht wieder einmal

das Kind mit dem Bade ausgeschüttet? Niemand mochte damals glauben, daß schon wenige Monate später ein ganz anderer Wind wehen könnte und daß eine rigorose Umkämpfung der Gesellschaft begänne, wie man sie bis dahin in China nicht gekannt hatte.

1.2. Die "Übernahme" Chinas durch die Sieger

An allen Ecken und Enden waren in den ersten Wochen und Monaten nach der "Befreiung" militärisch organisierte "Übernahmekomitees" im Einsatz, um Banken, Fabriken und Warenhäuser sowie sonstige Einrichtungen des "bürokratischen Kapitals" der früheren Guomindang-Herren zu beschlagnahmen (wirtschaftliche Übernahmekomitees), von Universitäten, Schulen und Verlagen Besitz zu ergreifen (kulturelle Übernahmekomitees), militärische Einrichtungen zu besetzen und lokale sowie zentrale Behördenstellen in Obhut zu nehmen (militärische und administrative Übernahmekomitees).

Bis Ende 1951 waren die meisten Großbetriebe, die sich vorher in ausländischer oder in "bürokratisch-kapitalistischer" Hand befunden hatten, in "Volkseigentum" übergeführt worden - man denke an die Großbanken, Eisenbahnen, Schwerindustriebetriebe, an einen Teil der Leichtindustrien und an die wichtigsten Handelsagenturen.

Nach offizieller Sprachregelung erhielten diese Betriebe "demokratische Führungsorgane" in Form von "Unternehmensverwaltungskomitees" (qiye guanli weiyuanhui), die aus dem Vorsitzenden/Fabrikdirektor, seinem Vertreter und verantwortlichen Stabsmitgliedern zusammengesetzt waren (2). Nach offizieller Lesart standen die Komitees in ständigem Kontakt zu den Arbeitern und kooperierten eng mit den bereits vorhandenen oder neugegründeten Gewerkschaftsverbänden; in Wirklichkeit lag von Anfang an die eigentliche Entscheidungsgewalt bei den Parteiaus-schüssen der jeweiligen Danwei (Grundeinheit).

1950 ergingen auch bereits die ersten Maßnahmen zur Vereinheitlichung des Handels sowie zur Monopolisierung des Außenhandelsbereichs. Wegweisend war dafür der Beschluß der Regierung vom 10. März 1950 (3). Binnen- und Außenhandel wurden den eigens dafür gegründeten Ministerien un-

terstellt, die sich zur praktischen Durchführung sog. "Sonderhandels-gesellschaften" (4) bedienten, z.B. einer Nahrungsmittel-HG, einer Kohle-HG usw. Entsprechende Organe entstanden auch im Bereich des Außenhandels (5). Die drei Hauptänderungen, die mit dem neueingeführten staatlichen Außenhandelsmonopol verbunden waren, lassen sich mit den Stichworten: Beschränkung auf das Nötigste, Sowjetunion als Haupthandelspartner und Gleichgewicht von Einfuhren und Ausfuhren wiedergeben (6).

Übernahme und Neuordnung fanden, wohlgerne, zu einer Zeit statt, als die Inflation immer noch schreckenerregende Rekorde feierte und in weiten Teilen Chinas der Krieg weiterging: Man vergesse nicht, daß sich das Kampfgeschehen ja noch bis weit ins Jahr 1950 hinein erstreckte. Nach wie vor standen im Süden und Südwesten rd. zwei Millionen GMD-Soldaten. Außerdem gab es auch noch die alte Regierung, die allerdings fast pausenlos umziehen mußte: von Nanjing nach Guangzhou, von dort - nach der Eroberung Guangzhous am 14. Oktober durch die VBA - zurück ins fernwestliche Chongqing und dann, als auch diese Stadt am 30. November 1949 fiel, via Chengdu nach Taiwan.

Erst im November 1949 kapitulierten die GMD-Einheiten in Xigang und Yunnan, also in der äußersten Südwestecke, sowie im fernen Nordwesten, in Xinjiang. Weitere Verbände wichen auf nichtchinesisches Gebiet aus, so z.B. hinein ins Länderdreieck zwischen Laos, Birma und Thailand, das später als opiumträchtiges "Goldenes Dreieck" berühmt wurde.

Bis auf einige "Rest"-Unternehmen, die 1950 erfolgten, war damit die "Befreiung" Chinas im wesentlichen abgeschlossen.

1.3. Der Sieg über die Inflation

Mit zu den Hauptleistungen der neuen Führung, die von allen Seiten mit Dankbarkeit begrüßt wurde, gehört der schnelle Sieg über die seit zwölf Jahren galoppierende Inflation.

Wie bereits erwähnt, hatte die Guomindang durch drei Währungsreformen innerhalb kurzer Zeit dafür gesorgt, daß nahezu jedes Vertrauen in die einheimische Währung verlorengegangen und der ge-

samte Handel mehr oder weniger auf Tauschwirtschaft oder aber auf Zahlung in Gold, Silber oder US-Währung zurückgegangen war.

Die neue Regierung ließ die alte Währung zwar weiterbestehen (die Ausgabe einer "Volks"(RMB)-Währung erfolgte erst 1955), sie verkündete aber, im Anschluß an die nationale Finanzkonferenz (7) vom 3. März 1950, ihre Politik des "dreifachen Gleichgewichts" (san pingheng) in den Bereichen des Staatshaushalts, der Bevölkerungsversorgung und des Zahlungsverkehrs.

- Der Haushaltsausgleich wurde durch drastische Einschränkung der Ausgaben und durch gleichzeitige Erhöhung der Einnahmen bewirkt, die ja beide im chinesischen Kontext hauptsächlich in Naturalien geleistet zu werden pflegten. Bei der Einnahmeerhöhung konnte man auf erstaunliche Reserven zurückgreifen, nämlich auf übervolle Lager, die von der alten Regierung zurückgelassen worden waren, sowie auf Nachbesteuerung solcher Personen, die es angeblich verstanden hatten, bisher ihrer Zahlungspflicht auszuweichen, und die damit gegen die Steuergerechtigkeit verstoßen hatten. Hinzu kam, daß China 1950 eine ungewöhnlich gute Ernte einbrachte (8).

- Der zweite "Ausgleich" fand im Güterbereich statt. Da das Transportsystem in der Zwischenzeit unter tatkräftiger Mithilfe der VBA wiederhergestellt worden war (9), konnten Grundbedarfsgüter wie Getreide, Baumwolle, Textilien, Kohle und Salz gleichmäßiger als bisher verteilt und der alten Methode, Profit aus Engpässen zu schlagen, ein Riegel vorgeschoben werden. So wurden beispielsweise 1950 immerhin 1,03 Mio. t Getreide aus der Mandschurei nach Ostchina transportiert: das Verkehrswesen im Dienste der Inflationsbekämpfung also!

Vor allem mußten Städte wie Shanghai, Tianjin und Guangzhou, die seit jeher eher von Import- als von Inlandsgetreide gelebt hatten, nun ebenfalls vom Binnenland her versorgt werden, da die Küstengewässer 1950 noch fast vollständig durch die Guomindang-Marine abgeriegelt waren. Wenn damals die Hungersnot in Grenzen blieb, so nicht zuletzt auch deshalb, weil die meisten Familien im Hinblick auf die erwarteten Engpässe bereits Vorräte gebunkert hatten (10).

- Der "dritte Ausgleich" ereignete sich im Zahlungsverkehr. Da sich schon in kurzer Zeit ein Netzwerk von Volksbanken entwickelt hatte, war es möglich, die umlaufende Bargeldmenge schnell in den Griff zu bekommen. Von Anfang an saugten die Banken riesige Bargeldmengen aus dem Verkehr, sorgten dafür, daß Zahlungen fortan möglichst bargeldlos erfolgten und übten zusätzliche Kontrolle durch restriktive Kreditvergabe aus. So kam es, daß schon drei Monate nach Einführung der neuen Politik die Preisindices in den wichtigsten Großstädten von 100 (Stand Februar 1950) auf durchschnittlich 75 (Mai 1950) zurückgegangen waren - ein erstaunliches Ergebnis, das viele Städter dazu veranlaßte, respektvoll den Hut zu ziehen (11). Sollte man mit einer so effizienten Führung am Ende nicht doch vertrauensvoller zusammenarbeiten!? (12)

Das damals für Wirtschaftsfragen maßgebende Politbüromitglied Chen Yun dankte in diesem Zusammenhang der VBA, die so energisch zugepackt habe, daneben aber auch dem Regierungspersonal, den Lehrern und Arbeitern, welche gemeinsamen Dienst am Volk geleistet hätten, nicht zuletzt aber auch der Bauernbevölkerung, die großzügig Getreide geliefert und "Sieges-Anleihen" gezeichnet habe (13).

Während die städtische Bevölkerung vor allem wegen der erfolgreichen Inflationsbekämpfung aufatmete, begrüßte die Bauernbevölkerung die Entschlossenheit, mit der die neue Regierung das landwirtschaftliche Bewässerungswesen anpackte: Bereits am 14. Oktober 1950 erging ein "Beschluß über die Regulierung des Huai-Flusses, und am 31. Oktober erließ Mao Zedong nach einer Inspektionreise in das Einzugsgebiet des Gelben Flusses den Aufruf zur Regulierung des Huanghe. An beiden Flüssen hatten GMD-Truppen während des Anti-japanischen und des Bürgerkriegs Dammsprengungen vorgenommen, um die nachdrängenden Feinde aufzuhalten. Unzählige Hektar wertvollen Ackerbodens waren damit für Jahre verlorengegangen.

1.4. Eine neue - wenn auch noch vorläufige - Verfassung

1.4.1. Prinzipien und Institutionen

Auch die Erklärungen und Vollzugsmeldungen zum Aufbau neuer Institutionen und Staatsorgane hörten sich für den Durchschnittsstädter beruhigend an. Die im "Gemeinsamen Programm" vom 29.9.1949 aufgeführten Zielsetzungen im Bereich der Landwirtschaft, der Industrie, des Verkehrs-, Finanz- und Genossenschaftswesens sowie des Handels (Art.34-40) wurden als angemessene Antworten auf praktische Herausforderungen empfunden.

Die neuen Herren standen auch zu dem schon vor der Städte-"Befreiung" in Aussicht gestellten Vier-Klassen-Bündnis der "Neuen Demokratie", dessen Zielsetzungen, wie es in Art.1 hieß, "gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus" gerichtet seien - warum auch nicht!? Wer konnte ferner schon etwas dagegen haben, daß die Vorrechte der Ausländer in China beseitigt, der bisherige Besitz der "Vier großen Familien" nationalisiert und das "feudalistische/halbfeudalistische" Bodeneigentum schrittweise den Pflügern übereignet würde!? Auch die weiteren in Art.3 des "Gemeinsamen Programms" aufgeführten Ziele, nämlich die wirtschaftlichen Interessen und das Privateigentum der Vier Klassen zu schützen, eine neudemokratische Volkswirtschaft zu entwickeln und den Agrarstaat schrittweise in einen Industriestaat umzuwandeln, konnten dem Durchschnittschinesen nur recht sein.

Auch mit der außenpolitischen Ankündigung, daß die Volksrepublik sich vor allem der Sowjetunion zuwenden wolle (Art.11), konnte man notfalls einverstanden sein; war die Option für die UdSSR nicht die im Augenblick wohl einzig mögliche Lösung? Welche Alternativen kamen denn schon in Frage? Die USA waren wegen ihres Engagements für die GMD indiskutabel geworden. Auch das "Gehen auf eigenen Beinen" wäre angesichts des heillosen wirtschaftlichen Chaos, das 1949 in China herrschte, und angesichts der gewaltigen Aufbaubedürfnisse selbstmörderisch gewesen. blieb nach alledem also nur die "Einbahnstraße" hin zur Sowjetunion übrig! Und in der Tat begann ja die UdSSR schon

kurze Zeit später mit einer beeindruckenden Aufbauhilfe, von der die junge Volksrepublik noch auf Jahre hinaus abhängig sein sollte.

Vertrauen flößten schließlich auch die in Art.41-49 des Gemeinsamen Programms aufgeführten Grundrechte ein, ob es sich nun um Erziehung, Studium und Wissenschaftsförderung oder aber um Informationsbeschaffung, Sport und Gesundheitswesen handelte. Ein beinahe "liberales Klima" schien sich anzukündigen!

Auch der Aufbau der Staatsorgane erfolgte zügig und vielversprechend: Bis zum Zusammentritt einer auf allgemeinen Wahlen beruhenden Allchinesischen Volksversammlung sollte die Vollversammlung der Politischen Konsultativkonferenz die Befugnisse eines nationalen Parlaments ausüben und in dieser Eigenschaft sowohl die wichtigsten Organisationsgesetze erlassen (14) als auch die Mitglieder jenes "Rats der Zentralen Volksregierung" bestellen, der als eine Art Ständiger Ausschuß der Vollversammlung fungieren sollte.

Der "Rat" erwies sich in der Tat schon bald als prometheische Institution, insofern er nämlich die zentralen Staatsorgane aus der Taufe hob und sie mit Personal besetzte, u.a. den Staatsrat (d.h. die eigentliche Regierung mit einem Ministerpräsidenten, seinen Stellvertretern und den Ministern an der Spitze), einen Militärausschuß (als höchstes Befehlsorgan für die militärischen Angelegenheiten des Staates), einen Obersten Volksgerichtshof und eine Oberste Staatsanwaltschaft (15). Zum Vorsitzenden des "Rats der Zentralen Volksregierung" sowie gleichzeitig zum Vorsitzenden des Militärausschusses wurde Mao Zedong, zum Vorsitzenden des Staatsrats sowie zum Außenminister Zhou Enlai gewählt. Da beide Politiker auch Spitzenämter im Parteiapparat innehatten, bedeutete dies von Anfang an eine extreme Machtkonzentration in nur wenigen Händen.

Unter den 21 Ressorts des Staatsrats gab es zu dieser Zeit noch kein Verteidigungsministerium. Die VBA blieb vielmehr nach wie vor ein Parteiinstrument, auch wenn der neugeschaffene Posten des Militärrats eine Entwicklung in Richtung Staatsorgan anzudeuten schien. Nach wie vor schlug das Herz der Streitkräfte im ZK-Militäraus-

schuß, einem Posten, der seit 1934 von Mao Zedong besetzt war - und bis zu seinem Tod von ihm wahrgenommen bleiben sollte! Das formale Oberkommando blieb beim Mitbegründer der VBA, Zhu De.

Erhielt die Zentralmacht durch diese Neubildungspolitik einen weitgehend zivilen Anstrich, so blieb die Regionalverwaltung einseitigen noch ganz unter militärischer Kontrolle. Seit 1948 war China in fünf Kommandoregionen aufgeteilt worden (Näheres dazu Karte 1), an deren Spitze jeweils militärische Verwaltungsausschüsse standen, die mit einer fast unbeschränkten Machtfülle ausgestattet waren, und die sich keiner Wahl oder einer sonstigen Form der Volkskontrolle zu stellen hatten.

Nach der "Befreiung" des Südwestens kam noch eine sechste Region hinzu.

Erst 1954 erhielten auch die Provinzen eine zivile Verwaltung. Bis dahin hatten die lokalen Militärbehörden dafür zu sorgen, daß die großen Neuordnungs- und Reformvorhaben der Zentrale auch fern der Hauptstadt reibungslos durchgezogen wurden.

Die Justizorgane waren in diesen Aufbaujahren unselbständige Bestandteile der Exekutive. Die Gerichte sollten ja nicht geteilt, sondern im Gegenteil konzentriert werden, da ja auch die Neue Demokratie als Ausdruck konzentrierten Handelns des "Volkes" galt. Neben den allgemeinen Justizorganen kristallisierten sich damals vielfältige Sondertribunale heraus, die dann vor allem im Rahmen der Bodenreform, der Drei-Anti- und der Fünf-Anti-Kampagne sowie des Kampfes gegen die Konterrevolutionäre tätig wurden, und zwar als Vollzugsinstrumente der jeweiligen Parteiausschüsse. In diesen Tribunalen entwickelte sich schon bald eine Art "Schnittlauch-Mentalität" heraus, obwohl das ZK offiziell immer wieder forderte, die Köpfe nicht einfach wie Schnittlauch abzuschneiden.

1.4.2.

Grundentscheidungen in der Minderheitenpolitik

Obwohl die Minderheiten nur 6% der Bevölkerung des Gesamtstaats ausmachten, bewohnten sie doch zwei Drittel des Gebiets der Volksrepublik - und dies vor allem in Gebieten, die der UdSSR, Pakistan und Indien benachbart waren -

strategisch also vielleicht eines Tages von Bedeutung sein konnten! Drei theoretische Möglichkeiten gab es, sich mit den Minderheiten zu arrangieren, nämlich den Assimilierungs-, den Separatismus- und den Schutzansatz. Während der Herrschaft Jiang Jieshis hatte die Assimilierungstendenz im Zeichen des "Dahanzhuyi" (Groß-Hanismus) dominiert. Die Minoritäten galten als "Zongzu", die zur gesamtchinesischen "Nation" (minzu) gehörten, wobei man wissen muß, daß der Ausdruck Zongzu Verwandtschaftsassoziationen hervorruft. 1949 glaubte man, diese Politik nicht mehr fortsetzen zu dürfen.

Aber auch dem entgegengesetzten Extrem des Separatismus, wie er in einigen Außenregionen vorherrschte, mußte das Wasser abgegraben werden: So hatte sich beispielsweise Tibet i.J. 1911 von China losgesagt, und in Xinjiang war in der Zwischenkriegszeit die Bewegung zur Gründung einer Türkischen Nation entstanden, die in der sog. "Ostturkestanischen Republik" zwei Jahre lang (1944/45) politische Realität annahm (16).

Das von der neuen Regierung am 9. August 1952 veröffentlichte "Programm über die Nationale Regionale Autonomie" betonte jenen Schutzansatz, wie er bereits in Art. 50-53 des Gemeinsamen Programms angedeutet worden war. Anzustreben sei ein vom Gedanken der "Gegenseitigkeit" bestimmter Mittelweg zwischen "Groß-Han-Chauvinismus" und "Lokalem Nationalismus".

Da die chinesischen Minderheiten, von einigen Ausnahmen wie Tibet abgesehen, nicht in Großblöcken zusammenleben, sondern buntmarmoriert über die Landkarte verteilt sind, verzichtete man auf die Schaffung "Nationaler Republiken", wie sie für die Sowjetunion charakteristisch sind, und entschied sich statt dessen für das Konzept der "Nationalen Gebietsautonomie", dessen Hauptvorteil darin besteht, daß eine bestimmte Nationalität ihre Selbstverwaltungsrechte nicht nur innerhalb einer einzigen Großregion, sondern vielmehr in all jenen Gebieten ausüben kann, in denen jeweils geschlossene Siedlungsverbände der betreffenden Volksgruppe vorhanden sind: Man optierte m.a.W. für das Sprengelprinzip (17). In den fünfziger Jahren entstanden nacheinander fünf Autonome Regionen (zizhiqu), nämlich Innere Mongolei, Uigurische

Autonome Region Xinjiang, die Zhuang A.R. Guangxi, die A.R. Ningxia Hui und die A.R. Tibet, ferner 36 Autonome Distrikte und 72 Autonome Kreise. Es kann vorkommen, daß inmitten einer uigurischen Umgebung ein mongolischer Distrikt - und in diesem wiederum, wie das Insekt im Bernstein, ein Hui-Kreis eingeschlossen ist (18).

Der Option für die Nationale Gebietsautonomie und gegen die Schaffung Nationaler Republiken lagen freilich nicht nur Flexibilitätüberlegungen zugrunde, sondern auch handfeste Gründe der Staatsraison: glaubte doch die neue Führung zu wissen, daß es auf die Dauer gefährlich gewesen wäre, Gebieten mit langer Eigentradition wie Tibet und Xinjiang erneut Staatsqualität einzuräumen. Überdies mußte ja Tibet überhaupt erst noch "heim ins Reich" geholt werden (Näheres dazu unten 3.2.).

1.5.

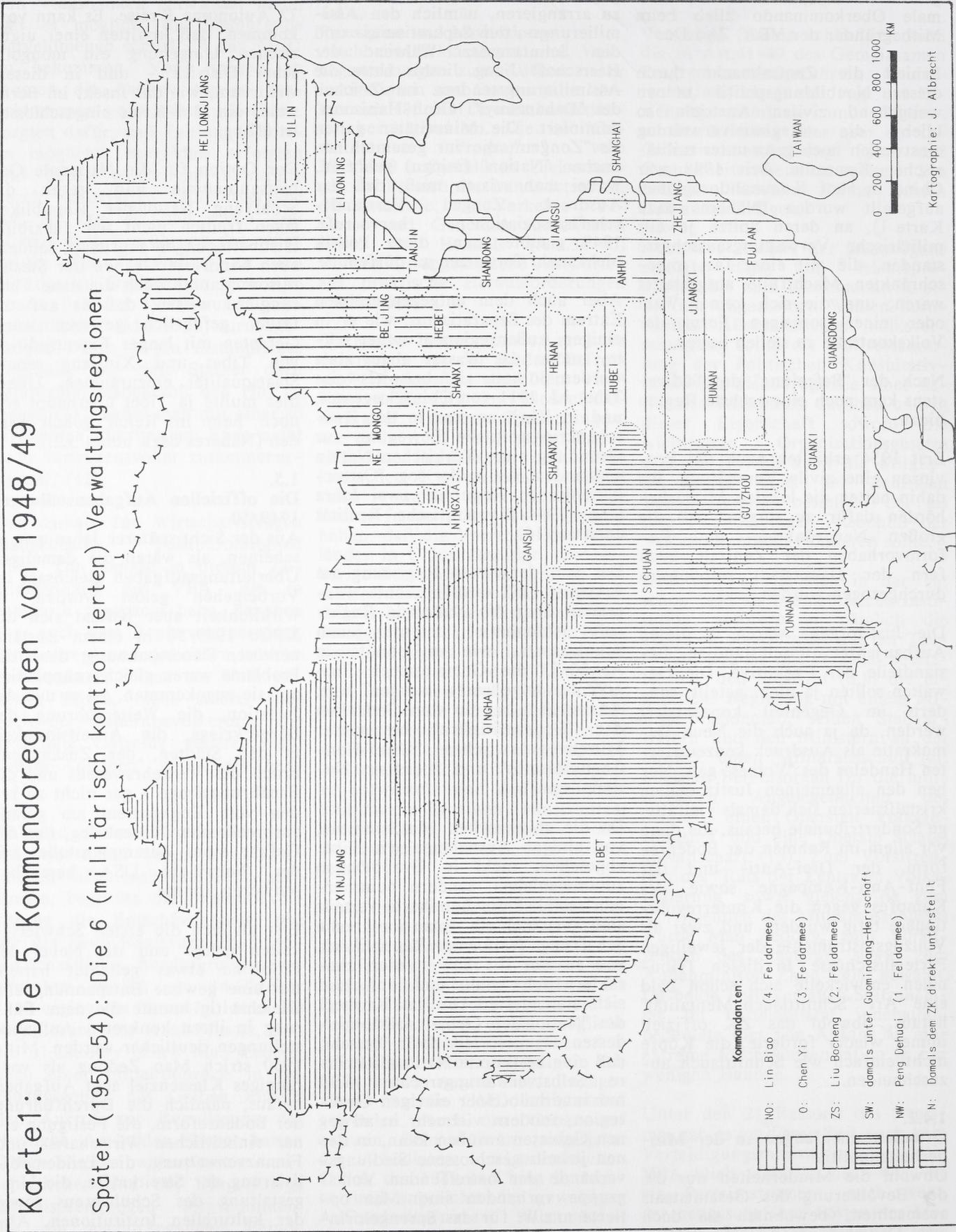
Die offiziellen Aufgabenstellungen 1949/50

Aus der Sicht späterer Jahre mag es scheinen, als wären die damaligen Überleitungsaufgaben gleichsam im Vorbeigehen gelöst worden; in Wirklichkeit aber befand sich die KPCh 1949/50 in einem Zustand nervöser Dauerspannung; denn die Probleme waren gleich knüppeldick auf sie zugekommen, sei es nun die Inflation, die Weiterführung des Bürgerkriegs, die Arbeitslosigkeit in den Städten, der Zusammenbruch des Verkehrswesens und die Ernährungsfrage - gar nicht zu reden vom Engagement am gerade ausbrechenden Koreakrieg, der die Gefahr eines Zusammenstoßes mit der Weltmacht USA heraufbeschwören konnte.

Erst als sich die ersten Schwierigkeiten gelegt und die Nebel der Probleme etwas gelichtet hatten, trat eine gewisse Entspannung ein. Gleichzeitig konnte die neue Führung in ihren konkreten Aufgabestellungen deutlicher werden. Mitte 1950 strich Mao Zedong als vorrangiges Klassenziel acht Aufgaben heraus, nämlich die Durchführung der Bodenreform, die Festigung einer einheitlichen Wirtschafts- und Finanzverwaltung, die Teildemobilisierung der Streitkräfte, die Umgestaltung des Schulwesens sowie der kulturellen Institutionen, Abbau der Arbeitslosigkeit, "Hilfe" für "demokratische Persönlichkeiten aus allen Gesellschaftskreisen" (was damit wohl gemeint sein konnte!?),

Karte 1: Die 5 Kommandoregionen von 1948/49

Später (1950-54): Die 6 (militärisch kontrollierten) Verwaltungsregionen



Kampf gegen "Banditen, Geheimagenten, örtliche Despoten und andere Konterrevolutionäre" und Neuausrichtung der Parteiorganisation, deren Mitgliederzahl allein seit dem VII. Parteikongreß i.J. 1945 von 1,2 Millionen auf inzwischen (Oktober 1949) 4,5 Millionen angestiegen war und die von jetzt an Jahr für Jahr um eine weitere Million "explodierte" (1951: 5,7, 1955: 9,4 und 1957 sogar 12,7 Millionen) (19).

Im Anschluß an diese Zielverkündung erfolgten einige Entscheidungen mit z.T. epochaler Auswirkung. Zu erwähnen sind hier zu nächst einmal drei Rechtsbestimmungen, nämlich das Ehegesetz vom 1. Mai 1950 (20), des weiteren das Gesetz über die Bodenreform vom 30. Juni 1950 (21) mit zusätzlichen "Regelungen über die Klassendifferenzierung" vom 20. August 1950 (22) sowie das Gewerkschaftsgesetz vom 28. Juni 1950.

Im Grenzbereich zwischen Innen- und Außenpolitik fiel die Entscheidung für den Feldzug gegen Tibet, und auf dem Sektor der Außenpolitik schließlich erfolgte die Moskaureise Mao Zedongs sowie das Eingreifen in den Koreakrieg.

Zwei Militär- und drei Reformunternehmen waren Vorhaben, die die organisatorischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten der jungen Volksrepublik bis zum Zerreißen beanspruchen mußten. Sie machten die Annäherung an die UdSSR um ein weiteres Mal unausweichlich.

1.6. Die wirtschaftliche Bilanz der Übergangsphase

Die wirtschaftlichen Erfolge der Jahre 1949 bis 1952 konnten sich sehen lassen: Der gemeinsame Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft war von 46,6 Mrd. Yuan i.J. 1949 auf 82,7 Mrd. Ende 1952 angestiegen (Angaben in Preisen von 1952). Bestritten Industrie und Landwirtschaft an dieser Summe 1949 einen jeweiligen Anteil von 30,1:69,9%, so hatte sich dieses Verhältnis bis 1952 auf 41,5:58,5% verschoben (23). Ferner war der Anteil des staatlichen Sektors an der Industrie im gleichen Zeitraum von 28,3% auf 48,7% gestiegen. Trotz dieses Fortschritts war der Anteil des öffentlichen Eigentums einstweilen freilich noch verhältnismäßig unbedeutend: Am Sozialprodukt von 1952 beispielsweise hatte der staatliche Sektor lediglich mit 19,3%,

der Einzelbetriebssektor dagegen mit 71,4% Anteil (Genossenschaften: 1,6%, staatlich-privat: 0,7% und "kapitalistischer Sektor": 7%) (24). 1952 wurde das Sozialprodukt zu 15,7% akkumuliert und zu 84,3% konsumiert (25).

1.7.

Neubesinnung im Zeichen der "Mao-Zedong-Ideen" und Herausbildung einer Neuen Klasse

Kaum waren die schlimmsten Schäden der Übergangsperiode behoben, setzte eine ideologische Rückbesinnung ein, die im Zeichen der bereits beim VII. Parteitag (1945) formell in die Parteisatzung aufgenommenen "Mao-Zedong-Ideen" stand. Im Oktober 1951 erschien der erste Band der "Ausgewählten Werke" Mao Zedongs, am 10. April 1952 Band II und am 10. April 1953 Band III. Dann allerdings dauerte es bis September 1960, ehe Band IV und bis April 1977, ehe Band V erschien: Dieser Editionsrythmus läßt deutliche Schwankungen der Mao-Konjunktur erkennen, die dann nach 1978 fast ganz zum Stillstand kommen sollte. In den Anfangsjahren aber folgten die "Schübe" bezeichnenderweise schnell hintereinander. Nachträglich kann man feststellen, daß die Jahre 1945 und 1949 ff neben denen der Kulturrevolution Höhepunkte des Mao-Kults waren.

Im Zeichen des "Endsieg" begann sich das Verhältnis zwischen Parteiführern und Volk mit fast beängstigender Geschwindigkeit zu wandeln: Hatten die KPCh-Spitzenmitglieder noch 1945 in den Löbhöhlen von Yan'an gehaust, so waren sie bereits vier Jahre später in jene Beijinger Verwaltungsgebäude und Dienstwohnungen eingezogen, die seit der Ming-Dynastie von der kaiserlichen Bürokratie benutzt zu werden pflegten. Waren die KP-Führer noch 1945 von ihren Feinden gejagt worden, so präsentierten sie sich jetzt als stolze - und ferne - Sieger; zeigten ihre Portraits 1945 noch Miniaturformat, so wuchsen sie nach 1949 im Zeichen eines schnell zunehmenden Personenkults zu Riesenikonen aus; hatten die Parteiführer 1945 noch "massennah" gelebt, ihr eigenes Gemüse oder ihr Tabakfeld bestellt und die wenigen ausländischen Besucher ohne sonderliche Distanz empfangen, so waren sie nun hinter hohen Mauern verschwunden, zeigten Berührungsscheu gegenüber den "Massen" und empfingen auch ausländische Besucher nach "kaiserlichem" Ritual. André Malraux, der

am Vorabend der Kulturrevolution in seiner Eigenschaft als französischer Kulturminister nach China kam, mußte unendliche Zimmerfluchten durchschreiten, ehe er mit Marschall Chen Yi und Zhou Enlai in Kontakt kam. Als er auf Einladung einer "Führenden Persönlichkeit" in die Große Halle des Volkes trat, lag vor ihm ein über 100 m langer Korridor, an dessen Ende sich im Gegenlicht etwa zwanzig Personen in hierarchischer Reihung postiert hatten - unter ihnen, wie sich erst im letzten Augenblick zeigte, Mao Zedong, der von Anfang an das Gespräch in die Hand nahm und einen Dauermonolog führte, während die anderen, unter ihnen auch Liu Shaoqi, kein einziges Wort äußerten. Malraux konnte nach dieser merkwürdigen Begegnung den Eindruck nicht loswerden, eine Audienz beim "bronzenen Kaiser" gehabt zu haben (26).

In der Tat hatte die KPCh schon wenige Monate nach ihrem Einzug in Beijing eine riesige Mauer um sich herum aufgebaut: Die Spitzenfunktionäre lebten auf dem Gelände des alten Kaiserpalasts, fuhren in gardinenverhängten Limousinen durch die "Massen", umgaben ihr Privatleben mit einem dichten Schleier des Geheimnisses, monopolisierten sämtliche Machtpositionen und Kommandohöhen in Staat und Wirtschaft und bedienten sich im übrigen einer immer mächtiger wuchernden Apparatur, um die "Feinde des Volkes" zum Schweigen zu bringen: Schon in den ersten Jahren der Machtergreifung war die KPCh m.a.W. vom gleichen Schicksal ereilt worden wie die "Bruderparteien" in den anderen "sozialistischen" Ländern: Sie hatte die Qualitäten einer "Neuen Klasse" angenommen. Auch die "Drei-Anti-Bewegung" (unten 2.2.4.) konnte daran nichts mehr ändern!

2.

Finis Sinarum? Die Abrechnung mit der überkommenen Gesellschaftsordnung

Was Jahrzehnte, Jahrhunderte und - wie die "feudalistische" Bodenordnung - sogar Jahrtausende in China bestanden hatte, wurde durch orkanartige Massenbewegungen innerhalb von nur zwei bis drei Jahren hinweggefegt. Bei früheren Aufstandsbewegungen hatte es immer nur einen Dynastiewechsel gegeben - diesmal wurde die gesamte bisherige Gesellschaftsordnung im wahrsten Sinne des Wortes auf den Kopf gestellt.

2.1. Kampagnen als Treibsatz des Veränderungsprozesses

Kaum waren die vordringlichsten Reparaturarbeiten erledigt, wurde auch schon wieder die unverkennbare Handschrift Maos lesbar, insofern nämlich die bereits während der Yan'an-Zeit eingeschliffene klassische Yundong (Massenkampagne) erneut in den Vordergrund rückte und zum Hauptinstrument sämtlicher Veränderungsprozesse bis 1978 wurde. Dabei liefen die Kampagnen immer wieder auf eine Politisierung der "Massen" hinaus, selbst wenn es um Fragen zu gehen schien, die auf den ersten Blick ganz unpolitisch waren, wie etwa der Kampf gegen den Analphabetismus oder für eine bessere Kaderausbildung.

Mit Hilfe der Yundong sollte ein ruckweiser Bewußtseinsveränderungsprozeß in Gang gehalten werden. Kaum war die eine Bewegung vorbei, hatte bereits die nächste - mit jeweils präzise umschriebener Zielsetzung (z.B. Boden-, Ehe-, Gedankenreform etc.) - anzuspriegen.

Im Gegensatz zur offiziellen Sprachregelung liefen solche Kampagnen niemals spontan ab, sondern standen unter sorgfältiger Lenkung der KP, die das prozessuale Viertaktschema (Vorbereitung, Mobilisierung des Umfelds, Durchführung, Ergebniszusammenfassung) sowie den Studienstoff und die Prozentzahl der "auszugrabenden" (wachulai) Personen genau festlegte. Ohne strenge Parteikontrolle hätten die Massenkampagnen nicht zu jenem Herrschaftsinstrument werden können, als das sie sich drei Jahrzehnte lang bewährten.

Den angegriffenen Personen blieb stets nur der eine Ausweg, "Geständnisse abzulegen" und ohne Zögern mündliche, meist aber unendlich oft zu wiederholende schriftliche Selbstkritik zu leisten, mochten die Anschuldigungen auch noch so ungerechtfertigt oder absurd sein. Wehe dem, der nicht zerknirscht zu sein - ja sich zu verteidigen wagte: Er machte sich allein schon kraft dieser Aufsässigkeit des Widerstands gegen Partei und Staat schuldig und bekam augenblicklich den "Zorn der Volksmassen" zu spüren! "Revolution" sollte ja, wie Mao es ausgedrückt hatte, für niemanden ein "Deckchensticken" sein!

Ein "Angriffsobjekt" fand sich augenblicklich in äußerster Isolierung: Kein Kollege, Freund oder Familienmitglied, das es gewagt hätte, jetzt noch Solidarität zu üben.

Ein viertes Kampagnenkriterium war - neben präziser Zielsetzung, KP-Anleitung und zerknirschtem "Geständnis" - die durch genaue zeitliche Rahmendaten begrenzte Dauer. Dadurch unterschied sich die Kampagne von der kontinuierlich verlaufenden Strukturreform, wie sie (anstelle von Massenbewegungen) nach 1978 angestrebt wurden. Aus der Sicht der frühen fünfziger Jahre aber wirkte sich jede Form von "Reformismus" fast wie Gift auf Kampagnen aus, da es den "Reformern" an revolutionärer Gestimmtheit fehlt und weil sie außerdem gesellschaftliche Änderungen nicht durch schnelle chirurgische Eingriffe, sondern durch langfristige homöopathische Dosierungen bewirken wollen (27).

In einem Bericht vor dem 4. Plenum des I. Nationalen Volkskongresses vom 26.6.1957 bezeichnete Zhou Enlai rückblickend fünf Kampagnen als Wegbereiter für die Konsolidierung der neuen Herrschaft: Mit der Bodenreform habe man den Feudalismus zerstört, mit der "Anti-Amerika-, Pro-Korea"-Kampagne den "westlichen" Einfluß zunichte gemacht, mit der Kampagne gegen die Konterrevolutionäre die Hauptelemente der Opposition beseitigt, mit der Fünf-Anti-Bewegung die Bourgeoisie ausgeschaltet und mit der "Gedankenreform" die Intellektuellen (wenigstens teilweise) "herübergewonnen". Hinzufügen sollte man hier noch die Ehereform, die als Teil der Bodenreform gehandhabt wurde.

2.2. Todesstoß für die alte Gesellschaft: die Sechs großen Kampagnen

2.2.1. Das Jahrhundertereignis Bodenreform

Die mit Abstand einschneidendste Massenbewegung galt der Bodenreform, die aus vielerlei Gründen überfällig geworden war. Erstens forderten verschiedene Ideologien, von Sun Yixian ("Das Feld dem Pflüger") bis hin zum Marxismus, eine grundlegende Veränderung des überkommenen Bodenregimes; zweitens mußte die neue Führung aus antikolonialistischen sowie "yan'anistischen" Autarkiegründen

darauf bedacht sein, nicht mehr von ausländischen Getreideimporten abhängig zu sein, vor allem aber reichten, drittens, die längst kontraproduktiv gewordenen traditionellen Anbaumethoden nicht mehr aus, um die rasch wachsende Bevölkerung zu ernähren. Immerhin hatte sich die chinesische Einwohnerzahl zwischen 1770 und 1950 von rd. 250 auf inzwischen 500 Millionen verdoppelt: Am 1. Juli 1953 wurden 601.938.035 Menschen gezählt. Dieses von Jahr zu Jahr rapidere Wachstum hatte sich vor allem auf den Dörfern höchst negativ bemerkbar gemacht, da hier die Bodenfläche pro Kopf statistisch auf die Hälfte zusammengeschrumpft war. Diese rein statistische Umrechnung verharmlost jedoch die Wirklichkeit, um die es weitaus schlimmer bestellt war, da der Ackerboden ja nicht gleichmäßig verteilt war, sondern sich in immer weniger Händen konzentrierte. Zwar gab es de jure, anders als im europäischen Mittelalter, keine an die Scholle gebundene Hörigkeit. De facto freilich bestand auch hier "feudale" Abhängigkeit, war doch der Kampf um das Stückchen Land für Millionen von Bauernfamilien im wahrsten Sinne des Wortes zu einer Überlebensfrage geworden: Nach offizieller Lesart besaßen die "Grundbesitzer" (dizhu), deren Zahl mit 4% der Landbevölkerung angegeben wurde, rd. 70-80% des Ackerbodens (28). Die Propaganda arbeitet zwar für derbe Mägen, so daß man bei Bezifferungen dieser Art sogleich mißtrauisch wird; doch zeigen Feldstudien aus der damaligen Zeit, daß es sich bei solchen Angaben in der Tat nicht nur um eine petitio principii, sondern um Wirklichkeit handelte. Als Beispiel seien hier Ergebnisse von C.K. Yang (29) angeführt, die dieser am Vorabend der Bodenreform (1948/50) in dem Dorf Nanjing (Provinz Guangdong) sammeln konnte.

Von den 230 Familien des Dorfes gehörten dreißig zu den "Grundbesitzern und Reichen Bauern" (= 13%), siebenzig zu den "Mittelbauern" (= 30,5%) und hundert zu den "Armen Bauern" (= 43,5%); dreißig waren "nichtlandwirtschaftliche" Gewerbetreibende.

6,2% des gesamten Ackerbodens der Gemeinde Nanjing standen in Kollektiveigentum, nämlich als "Clanboden" (für die Unterhaltung des Ahnenkults), als "Erziehungsboden" (für die Deckung von Kosten der Erziehung und Ausbil-

dung) sowie als "Tempelboden" (zur Unterstützung der Mönche und der Dorfkulte sowie zur Unterhaltung der religiösen Bauwerke). Die übrigen 93,8% standen im Privateigentum einzelner Personen. Fünf Familienclans, die zusammen 2,18% der Dorfbevölkerung ausmachten, besaßen jeweils rd. 310 Mu (15 Mu = 1 ha), also zusammen nicht weniger als 23,8% des gesamten Ackerbodens der Gemeinde. Auf der anderen Seite mußten zwanzig Familien (= 8,7% der Dorfbevölkerung) ohne jeden Bodenbesitz auskommen. Zwischen beiden Extremen lagen die "Reichen", "Mittleren" und "Armen" Bauern, denen 5-10 Mu bzw. 3-4 Mu bzw. 1-2 Mu gehörten. Da die meisten Mittleren und Armen Bauern ihre statistisch 4,8 Personen umfassenden Familien von den Erträgen des eigenen Bodens unmöglich ernähren konnten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als seufzend Pachtverhältnisse einzugehen; kein Wunder, daß rd. 70% des gesamten Ackerlands in Nanjing (840 Mu) verpachtet und nur 30% (360 Mu) von den Eigentümern selbst bearbeitet wurden. Pacht war freilich nicht gleichbedeutend mit Armut. "Reiche" Bauern, die nur kleinere Flächen hinzupachten mußten, erzielten in der Regel durchaus erfreuliche Ernteergebnisse. Wer freilich ganz oder überwiegend auf Zupacht angewiesen war, geriet schnell an den Rand des Existenzminimums.

Üblich in Nanjing war eine Pacht-dauer von nur drei Jahren; dies hatte den Nachteil, daß günstige Ernten bei der Vertragserneuerung in aller Regel Pachterhöhungen nach sich zogen. In früheren Zeiten war der Pachtzins z.T. in Geld, z.T. in Naturalien zu entrichten, gegen Ende der vierziger Jahre aber, als der Fabi seinen inflationären Höhenflug begann, wurden nur noch Naturalien akzeptiert - und zwar meist in Form ungeschälten Reises. Die Höhe des Entgelts bestimmte sich nach der Bodenqualität. Bei hochgradigem Boden (gute Bodenqualität + volle Bewässerung) waren 43-50% der Ernte, bei mittlerem Boden (schlechtere Bodenqualität und weniger gut bewässert) durchschnittlich 43% und bei niedriger Qualität (unbewässert) bis zu 25% der Ernte an den Verpächter zu entrichten, und zwar zweimal jährlich unmittelbar nach den Ernten (31).

Charakteristisch für die Pachtverhältnisse in Nanjing (wie auch für die meisten Dörfer Chinas) war ei-

ne Garantierücklage, die der Pächter schon bei Beginn des Pachtverhältnisses zu leisten hatte und die ebenfalls zumeist in Produkten zu erfolgen hatte, wodurch die wirtschaftlichen Möglichkeiten des finanziell ohnehin arg gebeutelten Pächters noch stärker schrumpften - vor allem dann, wenn der "Garantiefall", also beispielsweise ein schweres Unwetter, eintrat, in dessen Gefolge das Überleben der betreffenden Pächterfamilien im wahren Sinne des Wortes in Frage gestellt war (32).

Wie hoch lagen die Produktionskosten? Bei "Reisboden" mittlerer Güte waren vier Posten zu berücksichtigen: Die Steuer beanspruchte in Nanjing 7,1% der Erntemenge, die Pachtzahlung 43%, der Düngemittelanteil 5,7% und der Saatgutanteil 1,4% der Ordnung - alles in allem also 57,2% (33).

Einige Bauern lebten vom Nettoertrag nicht schlecht. Familien beispielsweise, die 30 Mu Boden besaßen und alles verpachteten, erhielten einen "Jahreszins" von rd. 9.000 Catties (chinesisch: jin = 0,56 kg), von dem nach Abzug der Steuern und örtlichen Abgaben noch 6.450 ungeschälter oder 4.192 Catties geschälter Reis blieben - dies war das Dreifache der Menge (2.141 Catties), die eine Durchschnittsfamilie zum Leben benötigte.

Auch Reiche Bauern konnten zufriedener sein. Wer beispielsweise, bei einem eigenen Bodenanteil von 10 Mu, 40% Eigenland und 60% Pachtland bearbeitete, hatte am Ende einen Nettoerlös von fast 8.400 Catties geschältem Reis. Sogar Mittlere Bauern kamen noch gut davon und erzielten bei 70% Pachtanteil durchschnittlich rd. 2.600 Catties geschälten Reis - also immer noch die doppelte Menge dessen, was als Minimum galt.

Schlimm dagegen war es um die Armen Bauern bestellt. Bei durchschnittlich 1,2 Mu Eigen- und 4,8 Mu Pachtanteil kam ein Nettoerlös von nur 1.507 Catties geschältem Reis heraus - eine Menge, die weit unter dem Minimum von 2.141 Catties lag. Falls es zu Naturkatastrophen kam, bedeutete dies auf alle Fälle Hunger - wenn nicht Schlimmeres. Nun gab es zwar die Möglichkeit, Kredite aufzunehmen, die den Nehmer jedoch fast immer in noch höhere Abhängigkeit zum Geber brachten. In den Jahren 1948-50 beispielsweise lag der normale Zinssatz in Nanjing

bei 20% pro Halbjahr oder bei 40% pro Jahr (34), wobei allerdings zu bedenken ist, daß in Nanjing keine Wucherer und keine gewerbsmäßigen Geldverleiher am Werke waren.

Geht man mit Yang davon aus, daß Nanjing repräsentativ für "das" chinesische Dorf schlechthin war, so wird die Schlußfolgerung unausweichlich, daß die Forderung nach einer Bodenreform nicht etwa nur die spleenige Idee einiger Weltverbesserer war, sondern daß sie sich mit zwingender Notwendigkeit aus dem desolaten Zustand zumindest der Hälfte der chinesischen Bauernbevölkerung heraus ergab - und dies waren in damaliger Zeit immerhin rund 200 Millionen Menschen. Der beklagenswert niedrige Lebensstandard reduzierte unweigerlich auch die Absatzmöglichkeiten einer modernen Industrie - und förderte damit wiederum die Tendenz zur wirtschaftlichen Stagnation. Was den Grundbesitzern nützte, schadete m.a.W. der chinesischen Volkswirtschaft.

Die Untersuchungen Yangs werden durch Schilderungen des UNRRA-Beauftragten, William Hinton, bestätigt, der sich 1947 einige Monate lang in dem 1000-Seelen-Dorf Zhangzhuang (Südjiangxi) aufhielt. Die meisten der dortigen Familien mußten sich täglich mit zwei, zu Beginn des Winters sogar mit nur einer einzigen Mahlzeit pro Tag begnügen. Unterernährt, wie sie waren, bewegten sie sich so wenig wie möglich und bemühten sich, bis zum Frühling bei Kräften zu bleiben. Ihre mageren Mais-, Hirse- oder Weizenbestände mußten sie durch Kleie, Spreu, wilde Gräser von den Hügeln und selbst durch Blätter und Rinde von den Bäumen ergänzen, sobald der "Chunhuang" (Frühjahrs hunger) einsetzte. Jeder Tag, den man überlebte, wurde als Geschenk empfunden (35). Der chinesische Standardgruß "Ni chiguo fanma?" ("Hast Du schon Deinen Reis gehabt?") zeigte in Zhangzhuang also seinen authentischen sozialen Hintergrund.

Bei kaltem Wetter hüllten sich die Bauern in baumwollwattierte Kleidung, die sie doppelt so dick erscheinen ließ, als sie wirklich waren. Da diese Textilien nur gewaschen werden konnten, wenn man das Futter herausnahm, war es in der kalten Jahreszeit nahezu unmöglich, sich von den im Kattun nistenden Läusen zu befreien. "Ihr ständiges Beißen und, als Folge da-

von, das unaufhörliche Kratzen erzeugten Wärme. An warmen Wintertagen sah man immer eine ganze Reihe von Menschen mit ihren wattierten Jacken in sonnenbeschienenen Ecken hocken. Sie machten Jagd auf die Läuse und zerquetschten sie mit großer Geschicklichkeit zwischen den Daumen" (36). Ständig auch waren die Bauern auf der Suche nach Nahrungs- und Düngemitteln.

Ganz in diesem Sinne auch erinnerte sich Mao Zedong in einem Gespräch mit André Malraux (37) an die Große Hungersnot in seiner Heimatprovinz Hunan: "Auf 3 km in der Runde gab es in meinem Dorf an gewissen Bäumen bis zu 4 m hinauf kein Stück Rinde mehr. Die Verhungerten hatten sie aufgegessen. Aus Menschen, die gezwungen waren, sich von Rinde zu ernähren, konnten wir bessere Kämpfer machen als aus den Heizern Shanghais oder gar aus den Kulis."

Auch Düngemittel für die eigenen Felder waren knapp. Da die Kinder und die Alten ständig nach organischen Stoffen suchten, wirkten die Straßen und Höfe im chinesischen Durchschnittsdorf höchst aufgeräumt und proper. Angesichts der Düngemittelknappheit gingen manche Grundbesitzer dazu über, ihren Tagelöhnern oder Pächtern das Verrichten der Notdurft auf den Feldern zu untersagen und ihnen vertraglich den Gang zur Verpächterlatrine aufzuerlegen (38). Vor Ernte-Rückschlägen waren selbst die Reichen Bauern, ja manchmal nicht einmal die Grundbesitzer geübt. Während des Antijapanischen Kriegs mußten bisweilen sogar die japanischen Besatzer Hunger leiden. Angesichts dieser unvorstellbaren Knappheit an Nahrungsmitteln und Kleidung war es kein Wunder, daß sich der Verteilungskampf in den Dörfern manchmal bis aufs Messer zuspitzte, und daß dabei die wohlhabenderen Schichten die Oberhand behielten, da sie nun einmal über das knappste aller Güter, nämlich den Boden, verfügten - und vielleicht sogar noch über etwas Kapital, das sie zu Höchstzinsen ausleihen konnten. Häufig freilich verwendeten die Bauern, die auf Kredite angewiesen waren, die Gelder in ihrer Not nicht für produktive, sondern für konsumtive Zwecke, indem sie damit die durch die Tradition gebotenen Ausgaben für Beerdigungen, Krankheitsfälle oder Hochzeiten bestritten oder sich ganz einfach

über den Frühjahrshunger hinwegretteten. Als Folge davon waren die Pächter in der Regel so verschuldet, daß sie auch noch ihr letztes Gerät, ihr letztes Schwein und ihr letztes Huhn weggeben mußten und dann im wahrsten Sinne des Wortes völlig mittellos dastanden. Kein Wunder, daß in der Bauernsprache immer wieder das Wort "essen" (chi) auftauchte, ob es sich nun um "Reis essen" (chifan) oder um "Bitternis essen" (chi ku) handelte; häufig wurde die Regierung als "menschenfressender Tiger" (chi ren hu) bezeichnet.

Die Situation war umso trostloser, als sich nirgends auch nur der geringste Hoffnungsschimmer zeigte. Uralt, wie das Bodensystem war, hatte es bisher allen Reformversuchen widerstanden und sich in seinen drei Grundelementen (Subsistenzwirtschaft auf Kleinstparzellen mit Getreidemonokultur) seit 2000 Jahren kaum verändert. Noch in den späten vierziger Jahren konnte sich auf den Dörfern so gut wie niemand vorstellen, daß sich hieran je etwas ändern würde, zumal traditionelle Bräuche und überkommene Dorfverwaltungsmethoden für beträchtliche Stabilität sorgten - man denke an die (häufig allzu kostspieligen) Rites de passages, die das Leben des Bauern jahrein, jahraus begleiteten, aber auch an das solide administrative Regelwerk, in dessen Rahmen die (nur bis zur Kreisebene hinabreichenden) staatlichen Behörden mit den landbesitzenden Schichten des jeweiligen Dorfes (der Gentry) informell eng zusammenzuarbeiten pflegten - ein "Gewohnheitsrecht", das den besitzenden Klassen in aller Regel noch ein Quentchen Macht mehr über die ärmeren Bauern verlieh.

War der Überlebenskampf schon in friedlicheren Zeiten hart genug, so steigerten sich die Nöte bei Naturkatastrophen und vor allem in Kriegszeiten, an denen ja im China der dreißiger und vierziger Jahre bekanntlich kein Mangel war: Man denke an die Warlord-Wirren, an die japanischen Anti-Guerilla-Maßnahmen, in deren Gefolge die Dorfbewohner durch die Landschaft gehetzt, ihnen ihr letztes Stück Vieh abgeschlachtet und das letzte Hirsekorn wegtransportiert wurde, nicht zuletzt aber auch an den Bürgerkrieg, der sich von 1946-1949 hinzog. Das Leben war in diesen Jahrzehnten im wahrsten Sinne zu einem Krieg aller gegen alle geworden.

Jede Obrigkeit oder soziale Bewegung, die in dieser Not Perspektiven für eine Änderung der unhaltbar gewordenen Zustände bot, mußte die Bauern spontan und fast magisch an sich ziehen. Die Guomindang sollte es gerade auf den Dörfern zu spüren bekommen, welche Chance sie vertan hatte, als sie es versäumte, dem Programm Sun Yixians zu folgen und das "Land dem Pflüger" zu übereignen.

An ihrer Stelle nahm sich nun eine andere politische Kraft der Bodenfrage an - die KPCh - und sie tat es, wie sich bald zeigen sollte, mit durchschlagendem Erfolg. Schon in den vierziger Jahren war den meisten Bauern die - anfangs noch dumpfe - Erkenntnis gekommen, daß die "Volksarmee", die sich überall in den nordchinesischen Dörfern auszubreiten begann, für ihre - der Bauern - Interessen eintrat. Anfangs mochten sie das nicht so recht glauben. Doch nach und nach begann die VBA dann doch zu einem Stück Hoffnung mitten in der Hoffnungslosigkeit zu werden. Immerhin rekrutierte sie sich ja aus Dörflern, half den Bauern bei der Ernte, pochte auf keinerlei Privilegien und ließ sich vor allem keine jener Disziplinlosigkeiten zuschulden kommen, die der Bauer an den Soldaten immer so gehaßt hatte. Kein Wunder, daß schon bald die Redensart aufkam, "daß die Reichen ihre Götter, die Armen aber ihre Achte Armee haben" (39).

Die Balu hatte es schon in den dreißiger und vierziger Jahren trefflich verstanden, die Archetypen traditioneller Bauernerhebungen neu zu beleben und für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Seit Jahrtausenden waren in dörflichen Grenzsituationen immer wieder "brüderliche Gemeinschaften" entstanden, die sich zunächst in Heimsgesellschaften organisierten, und deren angestaute Wut und Verzweiflung sich dann explosionsartig über das ganze Land auszubreiten und die Dynastie hinwegzusprengen pflegte. Auch in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jhdts. war es der Balu gelungen, die Hoffnung, das Vertrauen und den Brudersinn unter den Bauern wieder zur Entfaltung zu bringen - und zwar angesichts wachsender Kriegsnöte, in deren Schatten der Wille nach Gleichheit zu einem fast "religiösen Gefühl" wurde - dies wohl gemerkt in einer Gemeinschaft, die in normalen Zeiten hierarchischer aufgebaut ist als irgendeine andere Sozietät der

Welt! Die Bauern waren in ihrem Elend ganz gewiß eine "Klasse an sich", und wurden im Laufe des Kampfes - vor allem gegen die Japaner - dann auch zu einer "Klasse für sich". Die These von Frantz Fanon, daß nämlich Klassen sich erst durch den gemeinsamen Befreiungskampf als solche begreifen lernen, hat in der damaligen chinesischen Praxis eine triumphale Bestätigung gefunden - besser gesagt: hat diese These überhaupt vorweggenommen! Das gemeinsame "Wir"-Gefühl zwischen Armee und Bevölkerung wurde noch dadurch verstärkt, daß der Balu damals eine Reihe von Disziplinvorstellungen zur zweiten Natur geworden war, die unter dem Stichwort "Drei Hauptregeln der Disziplin, Acht Punkte zur Beachtung" auswendig gelernt wurden: Kommandogehorsam; "Nimm den Massen nicht eine Nadel, nicht einen Faden weg"; Ablieferung allen Beuteguts. So dann die Acht Punkte: Sprich höflich, zahl für das, was Du kaufst! Gib zurück, was Du entliehen hast! Leiste Ersatz für das, was Du beschädigt hast! Schlag und beschimpfe niemanden! Schütze die Ackerbaukulturen! Belästige niemals Frauen! und Mißhandle niemals Gefangene! (40) Immer wieder wurde auch gefordert, daß die Armee mit dem Volk "zu einem Ganzen verschmilzt", daß sie sich wie ein "Fisch im Wasser des Volkes" bewegen soll, daß "die Armee für das Volk sorgt", und daß sich ihre Mitglieder als "Diener des Volkes" zu verstehen haben. Ganz in diesem Sinne auch machten sich KPCh und Balu an die Änderung der überkommenen Bodenordnung heran. In den frühen vierziger Jahren begnügten sie sich noch mit der "doppelten Senkung", nämlich mit der Pachtherabsetzung um mindestens 25% und der Reduzierung von Darlehenszinsen auf jährlich höchstens 10%. Erst 1948 wurde dann die "doppelte Herabsetzung" durch eine echte Bodenreform, nämlich durch "gleichmäßige Verteilung des Bodens" (pingfen tudi), ersetzt (41). Kein Wunder, daß die "Begeisterung" der Armen Bauern kaum Grenzen hatte. Nicht zu Unrecht stellt William Hinton (42) die chinesische Bodenreform und die amerikanische Sklavenbefreiung auf eine Stufe.

Nach Ausrufung der Volksrepublik setzte die Bodenreform Mitte 1950 im ganzen Lande ein. Das am 30.6.1950 in Kraft getretene Bodenreformgesetz gab eine präzise Zielsetzung an: "Das auf feudaler

Ausbeutung durch die Großgrundbesitzerklasse beruhende Bodeneigentumssystem soll abgeschafft und das Bodeneigentum der Bauern eingeführt werden, um auf diese Weise die ländlichen Produktivkräfte freizusetzen, die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln und den Weg für die Industrialisierung des neuen China zu ebnen." Enteignet werden sollten neben dem Ackerboden auch ländliche Grundstücke, die zu Ahnenschreinen, Tempeln, Klöstern, Kirchen, Schulen und anderen nichtlandwirtschaftlichen Organisationen gehörten (§ 3). Lediglich für Moscheen sollten gewisse Ausnahmestimmungen gelten. Verschont bleiben sollten vorerst die Reichen Bauern, die ja zur Vierklassenfront der Neuen Demokratie gehörten, und die daher in der Phase des Kampfes gegen "feudalistisches" Bodeneigentum noch verschont bleiben mußten (43). § 6 des Gesetzes bestimmte denn auch, daß vorerst nur Grundbesitzer, nicht jedoch Reiche Bauern oder gar Mittelbauern enteignet werden dürften.

Gemäß §§ 10 ff sollte das beschlagnahmte Eigentum und das übrige Produktionseigentum "einheitlich, gleich und rational" an die landlosen Bauern verteilt werden; hierbei sollten durchaus auch ehemalige Grundbesitzer mit berücksichtigt werden, damit sie mit ihrer eigenen Hände Arbeit den Lebensunterhalt bestreiten konnten (§ 10) - zumindest galt dies theoretisch!

Zuständig für Enteignung und Neuverteilung waren im allgemeinen zwei Organe, nämlich "Bodenreformkomitees" (tudi gaige weiyuanhui), deren Mitglieder z.T. gewählt, z.T. von oben ernannt wurden (§ 28), sowie - zur Unterstützung dieser Komitees - sog. "Volkstribunale" (renmin fating), die auf Kreisebene zu organisieren waren, und deren Aufgabe darin bestand, durchs Land zu reisen und bei der Bestrafung jener "despotischen Elemente" mitzuwirken, die Verbrechen begangen hatten oder sich der Durchführung der Bodenreform widersetzen (§ 32). Zwar heißt es im Gesetz ausdrücklich, daß willkürlicher Arrest, körperliche Züchtigung oder Tötung "strikt verboten" seien, doch wurden diese Formalbestimmungen später durch anderslautende Parteidirektiven "überholt", die die Hinrichtungen eher zur Regel als zur Ausnahme erklärten.

In einem Zusatzbeschluß der Regierung "Über die Ermittlung des Klassenstatus der Bauern" vom 4.8.1950 (44) waren im übrigen auch die Kriterien für die Kategorisierung der Bauern (Grundbesitzer: dizhen, Reiche Bauern: funong, Mittelbauern: zhongnong, Arme Bauern: pinnong und Arbeiter: gongren) festgelegt worden. Als Grundbesitzer hatten all jene Personen zu gelten, die zwar Boden besaßen, ihn aber selbst nicht bearbeiteten und ihren Lebensunterhalt durch Ausbeutung bestritten, sei es nun in Form von Bodenverpachtung, Kreditvergabe oder Anheuerung von Arbeitskräften. Reiche Bauern unterschieden sich von ihnen dadurch, daß sie größere Bodenflächen pachteten, sie aber nicht selbst bearbeiteten, sondern zu diesem Zweck Arbeitskräfte anheuerteten oder aber den Weg der Unterverpachtung wählten. "Grundbesitzer", die sich auf diese Weise definitiv eingegrenzt sahen, waren kurze Zeit später tödlichen Verfolgungen ausgesetzt. Allerdings blieben in den Netzen der Dorftribunale lediglich die kleineren Fische hängen. Die mächtigen Grundbesitzer waren schon während des Bürgerkriegs nach Beiping, Tianjin oder Shanghai, in manchen Fällen sogar nach New York oder San Francisco ausgewichen - auch die Angehörigen der zweiten Garnitur waren zumindest in die Provinzhauptstädte geflohen, und selbst die Drittrangigen hatten sich in Kreisstädte zurückgezogen. Was auf den Dörfern übrigblieb, waren nur die allerkleinsten Fische, die, gemessen an westlichen Vorstellungen, keineswegs als wohlhabend gelten konnten, die sich aber, wie es nun hieß, auf Kosten der ärmeren Dorfbevölkerung gemästet hatten, und die nun dafür büßen sollten.

Die Schauprozesse und Massenhinrichtungen der Bodenreformperiode gehören mit zu den düstersten Kapiteln der sinokommunistischen Frühgeschichte.

Die "Kampfversammlungen" wurden vorbereitet durch Arbeitsgruppen, die in der Regel von Kreispartei Komitees entsandt wurden, darüber hinaus aber auch von "Aktivisten" aus dem Kreis der dörflichen Kernmiliz oder aber - eben - durch die Bodenreformausschüsse. Sie nahmen die Klasseneinteilungen vor, veranlaßten die Bauern zur "Rückbesinnung auf erlittenes Unrecht" und dachten mit den Bauern gemeinsam laut darüber nach, war-

um der eine im Dorf wohlhabend, der andere aber ewig arm geblieben sei (45): Warum haben wir alle solange gelitten? Warum sollen wir uns eigentlich nicht an den Grundbesitzern rächen? Wovor haben wir Angst? Wer soll sich bei den Kampfversammlungen zu Wort melden? Und in welcher Reihenfolge? Wie sollen wir die Vermögen des Delinquenten verteilen? Sollte er am Ende nicht gar Vermögensgegenstände vergraben haben, so daß man entsprechende Informationen notfalls aus ihm herauszuprägen hätte?

Der Prozeß gegen den durchschnittlichen "Grundbesitzer" begann zumeist mit einer Anklageversammlung (kongsohui), zu der am festgelegten Tag der Landreformausschuß und zumeist auch ein Vertreter des Kreisbauernbundes zusammentraten. Der örtliche Grundbesitzer ("Ortskaiser") pflegte von einer Milizeinheit vorgeführt und vor versammelter Dorfbauernschaft des Verbrechens angeklagt zu werden, sei es nun der Zusammenarbeit mit den japanischen Besatzern, der Ausbeutung von Armen und Mittleren Bauern oder aber der Aufstellung von Mintuan (Guomindang-Milizen). Anschließend erging die Aufforderung an die Bauern, einzeln vorzutreten und ihm seine Verbrechen ins Gesicht zu schreien. Hierbei kam es zu völlig neuen Selbsterfahrungen. Seit Jahrhunderten an Unterwürfigkeit gewöhnt, hatte es bisher ein Armer Bauer kaum je gewagt, dem "Dorfkaiser" offen entgegenzutreten. William Hinton war Augenzeuge einer solchen Konfrontation: Ein Bauer sprang auf, stürzte auf den Angeklagten zu, schlug ihn mit der flachen Hand ins Gesicht und forderte ihn schreiend auf, der Versammlung zu gestehen, was er gestohlen habe. In diesem Augenblick trat eine beklemmende Stille ein. Wörtlich: "Der Schlag ließ die zerlumpten Menge erbeben, als ob ein elektrischer Funke alle Muskeln anspannte. Sie hatten in ihrem Leben noch nie gesehen, daß ein Bauer einen Beamten schlug." (47) Als freilich für jedermann sichtbar wurde, daß der Mißhandelte keineswegs aufbegehrte, sondern in sich zusammensank und um Vergebung flehte, wurde den Bauern auf einmal bewußt, daß sie sich seit Jahren von einem Schwächling hatten ausbeuten lassen - und ihre Wut steigerte sich nun bis zur Raserei. Dies war der Augenblick, da das Tribunal die "Massen" um ein "gerechtes Urteil" bat. Kein Wun-

der, wenn die Daumen fast immer nach unten gingen. Das Tribunal pflegte daraufhin zu erklären, daß es verpflichtet sei, "den Willen des Volkes zu erfüllen" und die Todesstrafe zu verhängen (48). Hinrichtungen wurden in der Regel sofort vollzogen - und, wo immer möglich, in ihren Einzelheiten auch per Radio übertragen (49).

Während der zweieinhalb Jahre dauernden Bodenreformkampagne (Juni 1950 bis Ende 1952) wurden "mehrere Millionen" Grundbesitzer hingerichtet (50) - die genaue Zahl läßt sich aus naheliegenden Gründen nicht ermitteln; sie lag aber hoch, wenn man bedenkt, daß die Grundbesitzerschaft offiziell bei 4% der damaligen ländlichen Bevölkerung, also bei etwa 16 Millionen Personen angesiedelt wurde, wobei es sich übrigens um eine politisch postulierte - und keineswegs soziologisch ermittelbare - Zahl handelt; hatte die Führung doch ex ante festgelegt, daß "Grundbesitzer" und "Reiche Bauern" zusammen rd. 10% der ländlichen Bevölkerung ausmachen (sollten) (51).

Aber auch Grundbesitzer, die den Orkan der Landreform überlebten, hatten nichts mehr zu lachen. Als die ersten Intellektuellen im Zuge der "Rechtsabweichlerkampagne" Ende der fünfziger Jahre auf die Dörfer verschickt wurden, fanden sie dort überall noch die körperlich und geistig gebrochenen ehemaligen "Dizhu", die seit Jahren noch bei jeder Kampagne als ideologische Fußabstreifer hatten herhalten müssen, und denen auch jetzt noch die niedrigsten und beschwerlichsten Arbeiten aufgebürdet wurden, am liebsten die Entsorgung der Kloaken.

Ihr Vermögen hatten sie ohnehin längst verloren. Bei der Verteilung ihrer Habe hatte sich schon in den Jahren 1947 ff eine Praxis herausgebildet, die mehreren Prinzipien folgte: Da galt einmal der Leitspruch "Shui dou shui fen" ("Wer kämpft, bekommt einen Anteil"). Ein zweites Zuteilungskriterium war die Bedürftigkeit, die auf Grund bestimmter Einschätzungskriterien ermittelt wurde, ein dritter Maßstab der Erfolg im sog. "Fanshen" (wörtlich: "Körper umdrehen"); maßgebend war m.a.W. der Fortschritt bei der inneren Einstellung, der sich vor allem im Engagement gegenüber der Achten Armee manifestierte!

Die Bewertung der Empfänger sowie die praktische Umverteilung wurden durch eigens zu diesem Zweck gewählte Bauernverbände sowie durch die ihnen befehls-pflichtigen Dorfmilizen übernommen.

Das Dorf Zhangzhuang erlebte nach der Umverteilung von 1.452 Mu im März 1948 einen Stimmungswandel ohnegleichen: Die Bauern fühlten sich plötzlich nicht mehr vom Hungertod bedroht, waren mit einem Schlag frei von Schulden, schliefen unter ihrem eigenen Dach, arbeiteten auf ihrem eigenen Grund und Boden, brachten ihr eigenes Saatgut ein und hatten zum ersten Mal in ihrem Leben den Eindruck, ihr Schicksal bis zu einem gewissen Grad in eigenen Händen zu halten (52). Das Wort "Begeisterung" hatte damals ganz gewiß nicht jenen hohlen Beigeschmack, der ihm später zuwuchs, als sich die Bauern plötzlich wieder ihres Privateigentums beraubt sahen, in Volkskommunen hineingelobt wurden oder aber in Hinterhof-Essen Eisen zu schmelzen hatten.

Ende 1952 bereits war der ländliche Feudalismus und Halbfeudalismus durch teils physische, teils soziale (Enteignung) Liquidierung der Grundbesitzerklasse gelöst. Die Reichen Bauern, die einstweilen noch einmal davongekommen waren, wurden schon wenige Jahre später im Wege der "Vergenossenschaftsbewegung" enteignet - gleichzeitig übrigens neben den ehemals landlosen Bauern, die für kurze Zeit Bodeneigentümer geworden waren.

Einstweilen aber hatten rund 300 Millionen ehemals landlose oder Arme Bauern insgesamt 700 Mio. Mu Land zugeteilt erhalten. Damit galt, wie es in unzähligen Meldungen feierlich hieß, das seit Jahrtausenden bestehende Feudaleigentum an Grund und Boden als abgeschafft. Die chinesische Bauernschaft bestand jetzt nur noch aus "Mittelbauern", die definitionsgemäß etwas Land besitzen, das sie mit eigenen Händen bearbeiten (53).

Mit dieser Umverteilung war die Bodenreform freilich noch lange nicht zu Ende. Vielmehr hatte der Umwandlungsprozeß erst so richtig begonnen - und sollte über die "Gruppen der gegenseitigen Hilfe" und über die Vergenossenschaftung bis hin zur Volkskommunenbewegung weitergehen.

Bereits im September 1951 erging eine ZK-Resolution über "gegenseitige Hilfe und genossenschaftlichen Zusammenschluß in der landwirtschaftlichen Produktion". Die Parteiausschüsse der einzelnen Ebenen setzten diese Direktive so tatkräftig durch, daß bereits Ende 1953 nicht weniger als 43% aller Bauernhaushalte in "Gruppen der gegenseitigen Hilfe" (nongye huzhu) oder gar schon in Genossenschaften organisiert waren. Solche Hilfsgruppen hatte es bereits 1943 im Stützpunktgebiet Guangxi/Gansu/Ningxia gegeben (54). Nach 1952 erwiesen sie sich als geeignete Plattform für eine rationellere Produktion. Ein guter Maulesel beispielsweise konnte am Tag 120 Mu bearbeiten; da aber die meisten Familien in der Regel bei weitem nicht einmal die Hälfte dieser Fläche besaßen, wäre die Kapitalinvestition in einen Maulesel, in einen Karren, in einen Pflug oder eine Sämaschine im Verhältnis zum Grundbesitz viel zu hoch gewesen. Warum sich also nicht zusammentun? Gegenseitige Hilfe hatte es auf den Dörfern zwar immer schon gegeben, doch nun wurde sie in Form einer riesigen Massenbewegung institutionalisiert. Außerdem wurden die Hilfsgruppen durchaus populär, da sie auch ihre unterhaltsamen Seiten hatten, vor allem für die Frauen, die bisher ihre Arbeit (z.B. Spinnen oder Weben) in der Regel allein zu Hause hatten erledigen müssen, die nun aber zu gemeinsamer Arbeit zusammenkamen.

Insoweit leuchtete die damals allgegenwärtige Parole "Sich organisieren!" durchaus ein. Die meisten Bauern konnten freilich noch nicht ahnen, daß sie schon kurze Zeit später dazu "überredet" würden, die "Zusammenarbeit" noch um ein weiteres Stück zu intensivieren und zu diesem Zweck auch ihren Bodenbesitz in ein Kollektiv einzubringen!

Am Rande der Bodenreform entstanden auch die ersten Genossenschaften. Bereits im März 1951 konnte man immerhin 45.000 solche Einheiten registrieren, und zwar zumeist Versorgungs- und Markt-, aber auch Verbrauchergenossenschaften mit insgesamt 25 Millionen Mitgliedern. Bereits im Juli 1950 auch war die "Allchinesische Vereinigung der Genossenschaften" aus der Taufe gehoben worden (55). Zu ihren Mitgliedern gehörten sowohl Bauern als auch Arbeiter, die einen Teil ihres Ver-

mögens einbrachten (56). Mit der Bodenreform kam auch ein neues Steuersystem auf, das ebenfalls vorher in den Stützpunktgebieten ausprobiert worden war, und das sich durch Leistungsorientierung auszeichnete. Früher war der fleißigste Bauer bestraft worden, da er einen fixen Teil seiner Ernte hatte abliefern müssen. Das neue System berechnete den zu versteuernden Grundbetrag nicht nach dem tatsächlichen Erntergebnis des laufenden Jahres, sondern auf der Grundlage der Durchschnittsernten mehrerer vorausgegangener Jahre. Nicht das Land als solches und auch nicht die Ernte als solche wurde besteuert, sondern der sog. "Standard-Mu", als welcher eine Fläche Ackerland definiert wurde, die 10 Dou Hirse abwarf. Um herauszufinden, wieviel Standard-Mu ein Bauer besaß, mußte man einfach den durchschnittlichen Jahresertrag in Dou berechnen und ihn durch 10 teilen. Außerdem gab es bei der Bebauung von Neuland Steuerfreibeträge. Beides, nämlich die Berechnung nach Standard-Mu und die Freibeträge, leuchteten dem Bauern ein und spornten ihn zum "Produktionskampf" an, der damals zur allgemeinen Devise geworden war.

Auch auf Taiwan rückte die Bodenreform gleich von Anfang an in den Mittelpunkt des innenpolitischen Geschehens. Die Guomindang, die ihr Zögern in der Reformfrage auf dem Festland so teuer hatte bezahlen müssen, wollte nun auf der Insel keine Zeit verlieren und begann noch im Jahr ihrer Ankunft mit energischen Reformen. Das Programm wurde in drei Stufen abgewickelt:

- Bereits 1949 begann die Landpächtermäßigung, wobei 37,5% des Normalertrags als absolutes Maximum der Pachtzinszahlung fixiert wurden.

- Ab 1951 verkaufte die Regierung dann die großen Staatsländereien, die aus japanischem Nachlaß übernommen worden waren und die immerhin 20% der gesamten Ackerfläche ausmachten, an rd. 156.000 Bauern, die bisher als Pächter gelebt hatten. Die Kaufraten wurden hierbei so bemessen, daß sie nicht höher waren als der seit 1949 zu entrichtende - Pachtzins von 37,5%.

- 1953 begannen dann die härtesten chirurgischen Eingriffe; galt es doch, den privaten Grundbesitzern

allen Boden abzunehmen, der 3 ha (= 45 Mu) überschritt, und ihn sodann an die "Pflüger" zu übereignen. Hier entwickelte die Regierung zwei Zahlungsmethoden, die ebenso genial wie zukunftsweisend waren: Sie zahlte nämlich den Grundbesitzern 70% des Grundstückswerts mit sog. "Landgutschriften" (einer Art Ratenzahlung, die vom Pächter teils in Bargeld, teils in Reis- und Süßkartoffellieferungen eingelöst werden mußte) und 30% mit Aktien der Staatsindustrie. Praktisch wurden damit zwei Fliegen auf einen Streich erledigt: Der Staat sparte Kaufgeld und pumpte zugleich Investitionsgelder in die damals noch in den Kinderschuhen steckende Industrie. Dieses "Land dem Pflüger"-Programm begann im Februar 1953 und endete bereits im Januar 1954. Insgesamt wurden 139.000 ha oder 55% des gesamten privaten Pachtlandes von der Regierung aufgekauft und an 194.823 bisherige Pachtbauern weiter veräußert.

Die Politik löste fast raketenartige Erfolge aus (Indexzahlen: 1952: 100; 1960: 143,2; 1968: 226) (57).

Den Zwei-Stufen-Schritt (Pachtzinsherabsetzung und Eigentumsverteilung) hatte es zwar auch auf dem Festland gegeben, doch wurden hier, in Taiwan, die Grundbesitzer in ihren Eigentumsrechten nur geschmälert, nicht jedoch persönlich verfolgt oder gar liquidiert.

Nicht nur im landwirtschaftlichen Sektor, sondern auch auf anderen Gebieten der Wirtschaft begann der Staat erheblichen Einfluß auszuüben, vor allem im Bereich der Entwicklungsplanung (Vierjahrespläne seit 1953), bei der Devisenkontrolle, beim Ausbau von Sonderwirtschaftszonen sowie bei der Zinspolitik. Vor allem aber behielt sich die Regierung das Monopol im Bereich der Energieindustrie, der Zuckerwirtschaft und der Düngemittelindustrie vor.

Auch hier machte sich eine lange "antikapitalistische Tradition" bemerkbar, die sich historisch bis auf das Jahr 81 v.Chr. zurückführen läßt. Damals hatte die "Eisen-Salzdiskussion" (tiefelun) stattgefunden, bei der beschlossen worden war, daß die wichtigsten Produktionsmittel jener Jahrhunderte, nämlich Salz und Eisen, nicht der privaten Verfügung anheimgestellt, sondern vielmehr staatlichem Monopol überantwortet werden sollten. Zwar hat es im Laufe der Jahrhun-

derte immer wieder Verstöße gegen dieses Gebot gegeben, als Denkreulativ ist es jedoch erhalten geblieben und hat sich auf die Wirtschaftspolitik im modernen Taiwan niedergeschlagen.

2.2.2.

Die Ehereform-Kampagne

Eng verzahnt mit der Landreformbewegung verlief die Einführung des neuen Eherechts durch das am 1. Mai 1950 verkündigte und aus nur 27 Paragraphen bestehende Ehegesetz, das gerade auf den Dörfern umwälzende Auswirkungen zeitigen sollte:

Das traditionelle chinesische Familienrecht war bestimmt gewesen von der Herrschaft des Mannes über die Frau und des Alters über die Jugend. Es war patrilinear, patriarchalisch, patrilokal und patronym; es verneinte die freie Partnerwahl, verbot die Wiederverheiratung von Witwen, duldete das Nehmen von Nebenfrauen, behandelte Eheschließungen als Kaufvertrag, durch den die Braut gegen Leistung eines ansehnlichen "Geschenks" an Familie und Clan des Bräutigams übergang, und ermöglichte Kindesverlobungen.

Ehe, Familie und Clan waren Teil eines umfassenden "feudalistischen" Gesellschaftssystems, das auf der Basis einer selbstgenügsamen Agrarwirtschaft aufbaute, in der die Spannung zwischen Grundbesitzer- und Pachtbauertum den "Hauptwiderspruch" bildete. Sino-kommunistischen Sprachgepflogenheiten zufolge waren es "vier Stricke" (politische, Sippen-, religiöse und Gatten-Gewalt), mit denen das chinesische Volk 2.000 Jahre lang "gefesselt" war.

Das Ehegesetz der Guomindang von 1930 hatte den "Feudalismus" zwar in den Städten z.T. abschüteln helfen, nicht aber auf den Dörfern, wo die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung lebt. Hier fanden die Kommunisten ihr klassisches Betätigungsfeld: Marksteine der Entwicklung waren die Ehegesetze von 1931, 1934 und 1950, die jeweils von ausgreifenden Kampagnen begleitet waren. Das Ehegesetz von 1950 wurde manchmal auch "Frauengesetz" genannt, weil es, wie kein anderes Rechtswerk, die Frauenemanzipation gefördert hat, manchmal aber auch "Scheidungs-gesetz". Im Gegensatz zum traditionellen Recht und zum Ehegesetz von 1930 zählt die Regelung von 1950 keine spezifischen Schei-

dungsgründe auf. Hier sollte m.a.W., ebenso wie bei Eingehung der Ehe, weitgehende Freiheit herrschen, von der in China allerdings - angesichts der überkommenen strengen Ehemoral - in der Praxis nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht wird. In allen (auch den vermögens-, unterhalts- und kinderbezogenen) Fragen sollten sich die Ehepartner nach Möglichkeit gütlich einigen - wie überhaupt der Grundsatz des außergerichtlichen Arrangements über dem gesamten neuen Familienrecht stand.

Das Ehegesetz von 1950 war von außerordentlich juristischer Simplizität. Die in westlichen Rechtsordnungen so detailliert ausgestalteten Einzelbereiche wie Verlöbnis, "Nicht-Ehe", Aufhebbarkeit, Scheidung etc. wurden hier über nur zwei Leisten gezogen: Eheschließung - Ehescheidung. Das neue Gesetz sollte m.a.W. auch den Familienrechtsjuristen überflüssig machen (auf den man ja auch in Yan'an hatte verzichten können!).

Als materielle Voraussetzung der Ehe sollten von nun an Freiwilligkeit, Eheschließungsfähigkeit (Altersbestimmungen) und Nicht-Vorliegen von Eheverboten gelten, wobei allerdings "durch die Hintertür" dieser Eheverbote wieder traditionelle Gesichtspunkte ins Spiel kamen (59). Das "neudemokratische" Ehegesetz war, neben der Bodenreform, das zweite große "antifeudalistische" Reformwerk der frühkommunistischen Periode.

2.2.3.

Die "Kampagne zum Widerstand gegen Amerika und zur Hilfe für Korea"

Verglichen mit der Bodenreform war die am 4. November 1950 ausgerichtete "Kampagne zum Widerstand gegen Amerika und zur Hilfe für Korea" (kang Mei yuan Zhao) geradezu ein Spaziergang, wenn gleich auch sie tiefgreifende Wirkungen nach sich zog, nämlich die weitgehende Auslöschung westlichen Gedankenguts und westlicher Einrichtungen.

Vor allem die am Koreakrieg nun wirklich nicht schuldigen Kirchen- und Religionsgemeinschaften, die nach Jahrzehnten intensivster Misionsarbeit zum Teil tiefe Wurzeln im chinesischen Volk hatten schlagen können, erlitten nun ihr Fiasco. Den Startschuß gab ein Volkszeitungsartikel vom 20.11.1950 mit dem Titel "Was wir über die katho-

lischen und protestantischen Kirchen wissen sollten". Im Dezember 1950 ergingen mehrere Bestimmungen über die "Behandlung und Registrierung kultureller, pädagogischer und sozialer Einrichtungen, die von Ausländern oder mit ausländischem Kapital betrieben werden". Rd. 20.000 protestantische Priester, Diakone und YMCA-Vertreter wurden in den Jahren 1951/52 verfolgt, eingekerkert oder in Umerziehungslager geschickt. Die Ausländer wurden nach einer mehr oder weniger langen Gefängniszeit zumeist des Landes verwiesen.

Noch härter und gezielter waren die Schläge gegen die Katholische Kirche, deren (chinesische) Spitzenvertreter z.T. exekutiert oder ebenfalls jahrelang eingekerkert wurden. Sogar Frauenorden sahen sich mit Vorwürfen des "Imperialismus" konfrontiert. Die Nonnen des Waisenhauses Sacré Coeur in Nanjing wurden angeklagt, sie hätten jahrelang Kleinkinder massakriert (60).

Was von den einst blühenden Kirchengemeinden nach dieser "Kampagne" noch übrigblieb, wurde verstaatlicht (Universitäten, Schulen, Krankenhäuser, Waisenhäuser, Bibliotheken, Kirchengebäude etc.) oder in Massenorganisationen eingebracht, die der "Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung" (san zi ai guo yundong) unterworfen wurden (62). Die christlichen Kirchen mußten von jetzt an in "dreifacher Hinsicht unabhängig" sein, nämlich organisatorisch, finanziell und pastoral. Vor allem lief diese patriotische Selbstbewegung auf ein Missionsverbot hinaus.

Die "Anti-Amerika, hilf Korea"-Kampagne wurde, neben Bodenreform und Anti-Konterrevolutions-Bewegung zu den sog. "Drei Großen Kampagnen" (san da yundong) zusammengezogen (63).

2.2.4.

Die Kampagne gegen die "Konterrevolutionäre"

Was auf den Dörfern die Grundbesitzer, waren in den Städten die "Konterrevolutionäre" (fan geming fenzi). Offiziell wurde unterschieden zwischen aktiven und ehemaligen Konterrevolutionären. Zu den ersteren gehörten diejenigen, die "nach der Befreiung... nicht aufgehört haben, ihre konterrevolutionäre Konspiration fortzusetzen" (64); den ehemaligen Konterrevolutionären ist jener Personenkreis zuzu-

rechnen, der während der GMD-Zeit aktiv gegen die Revolution gekämpft und dabei Verbrechen begangen hat" (65).

Die Kampagne wurde durch einen ZK-Beschluß vom 10. Oktober 1950 eingeleitet - ein Datum, das für die späteren Opfer auf zweifache Weise verhängnisvoll war: Zum einen nämlich hatte Mao Zedong zwei Tage vorher an die "Volksfreiwilligen" den Befehl gegeben, nach Korea einzumarschieren. Daneben aber ist der "Doppelzehnte", der an den Aufstand von Wuhan i.J. 1911 erinnert, der wichtigste Feiertag der "Republik China", hat also Symbolwert in der Guomindang-Ideologie. Die Kampagne hatte m.a.W. von Anfang an etwas mit der Guomindang und dem Ancien Régime zu tun und stand außerdem unter dem düsteren Vorzeichen des Koreakriegs.

Niemand hätte freilich zu sagen gewußt, was unter einem "Konterrevolutionär" nun genau zu verstehen sei. Diese Unklarheit wurde auch keineswegs durch die am 20. Februar 1951 erlassenen "Bestimmungen" (tiaoli) über die "Bestrafung von Konterrevolutionären" beseitigt, die in 21 Paragraphen höchst verschwommen abgefaßte Tatbestände aufführten (66). Auch die gleichzeitig ergangenen "Bestimmungen über die Einziehung des Vermögens von Konterrevolutionären" vom 22.6.1951 (67) und die "Vorläufige Regelung über die Beaufsichtigung von konterrevolutionären Elementen" vom 2.6.1952 brachten keine Klarheit. Betroffen war nach Lage der Dinge praktisch die gesamte politische und administrative Elite des Ancien Régime, soweit sie sich der Verfolgung nicht durch Flucht hatte entziehen können. Daneben seien "Konterrevolutionäre" aber auch innerhalb der KPCh, in der VBA, in Erziehungs-, Industrie- und Handelskreisen sowie in religiösen Zirkeln aufzuspüren - hieß es offiziell (68).

Als konterrevolutionäre Straftatbestände wurden in § 2 (der Bestimmungen vom 20.2.1951) solche "Verbrechen" aufgezählt, die "darauf abzielen, das volksdemokratische Regime zu stürzen und die Volksdemokratie zu unterminieren". In den §§ 3 ff folgen dann gewisse Konkretisierungen, z.B. "Kontakte zu Imperialisten" sowie "Vaterlandsverrat" (§ 3), "Anstiftung von Regierungsangestellten oder Soldaten zum Widerstand" (§ 4), "Anstiftung zu bewaffneter

Erhebung" (@ 5), "Spionage" (§ 6), "Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären oder Spionage-Organisation" (§§ 7 und 8), "Zerstörung aller Arten von Volkseigentum" (§ 9), "Erweckung von Unzufriedenheit" (§ 10), "Heimliche Grenzüberschreitung oder Organisation von Massenfluchten" (§§ 11 und 12), sowie Weitergabe von Geheimnissen (§ 13).

In § 18 heißt es - unter Mißachtung des Grundsatzes "Nulla poena sine lege" -, daß die Bestimmungen auch auf solche konterrevolutionären Verbrechen anwendbar sein sollen, die bereits vor Erlaß der neuen Regelung begangen wurden.

Es liegt auf der Hand, daß mit so ungenau gefaßten Tatbeständen nahezu jede mißliebige Person und jedes abweichende Verhalten inkriminiert werden konnten. Bezeichnend auch, daß es keinerlei Prozeßvorschriften gab, die für den Angeklagten wenigstens ein Minimum an Schutz gegen willkürliche Übergriffe hätten bringen können - und dies, obwohl die meisten der oben aufgezählten "konterrevolutionären Verbrechen" mit Todesstrafe bedroht waren!

Die Sicherheitsbehörden und Militärtribunale hatten also freie Hand und konnten jeden auch nur entfernt verdächtigen Regimegegner zu "Kampfversammlungen" vorführen, die häufig in überfüllten Sportstadien vor einer aufgeheizten ("revolutionär gestimmten") Zuschauermenge stattfanden, und die fast ausnahmslos mit Todesurteilen endeten. Bei einer Kampfversammlung im Fußballstadion von Shenyang am 25.4.1951 beispielsweise wurden zwischen 10 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags 19 "Konterrevolutionäre" zum Tode verurteilt (69); jedes Verfahren dauerte also rd. eine Viertelstunde. Die von wochenlangen Verhören und Torturen körperlich gezeichneten und seelisch gebrochenen Delinquenten wurden von Milizionären und Volkspolizisten gefesselt ins Stadionrund mit seinen etwa 70.000 "Richtern" gebracht und hatten sich - Bündel von Elend - mit gebeugtem Haupt auf den Boden zu kauern. Ein gut präparierter Ankläger trat vor ihn, beschuldigte ihn mit vor Erregung kreischender Stimme der grauenhaftesten Verbrechen, ohne daß der Angesuldigte auch nur eine Sekunde lang die Möglichkeit gehabt hätte, sich zur Wehr zu setzen. Wagte er es

trotzdem, seine Demutshaltung zu verlassen, wurde er sogleich wieder mit einer um den Hals angebrachten Schlinge zur Raison gebracht. Die Anklage war noch nicht zu Ende, als die ersten Schreie aus dem Stadion kamen: "Schlagt das Biest tot!" (70) Am nächsten Tag fanden die Exekutionen statt, denen diesmal allein in Shenyang 400 Menschen zum Opfer fielen (71).

Der VIII. Parteitag i.J. 1956 mußte einräumen, daß in den Jahren 1951/52 leider viele Unschuldige hingerichtet und verfolgt worden seien; doch habe man durch die Verfolgung der Konterrevolution andererseits die Volksmacht festigen können. Nach diesem kurzen Mea culpa gingen die Delegierten sofort wieder zur Tagesordnung über: 100.000 mehr oder weniger! Es gibt keinerlei offizielle Angaben über die Zahl der "konterrevolutionären" Opfer - westliche Schätzungen gehen von etwa zwei Millionen Hingerichteten aus (72).

Wer nicht vor den Erschießungskommandos endete, hatte zumindest das traumatische Erlebnis einer oft jahrelangen Gefängniszeit zu durchlaufen. In den Gefängnissen fanden sich auch zahlreiche Ausländer wieder, die u.a. im Zuge der "Anti-US, pro-Korea"-Kampagne aufgegriffen worden waren, vor allem Missionare. Sie alle kamen hier zum ersten Mal mit Methoden der "Hirnwäsche" (xi'nao) in Berührung, so z.B. der belgische Missionar Dries van Coillie, der in einem Mitte der sechziger Jahren weit verbreiteten Bericht aus dem "Wartezimmer bei Bruder Tod", einem Beijinger Gefängnis, Einzelheiten ausbreitet, die ein bezeichnendes Licht auf die Methodik der "Umerzieher" werfen (73). Auch hier liefen sämtliche Prozeduren darauf hinaus, von den Gefangenen ein "Bekenntnis" zu erhalten. Van Coillie ist etwas verwirrt und fragt "Welche Verbrechen soll ich bekennen? Morde? Wieviele Morde müssen es denn sein? Einer, zwei? Oder Spionage?" (74) Da er sich so wenig einsichtig zeigt, macht er bald mit Folterungen Bekanntschaft, die von körperlicher Mißhandlung über pausenlose Beschimpfungen bis hin zur Schlafverweigerung reichen. Kein Gefangener, der hier auf die Dauer nicht "weichgekocht" worden wäre. Sobald einer einzubrechen begann, änderte sich die Behandlungsmethode, indem, nach Wochen des Terrors, wie der Deus ex machina ein freundlicher und wohlwollender

Gesprächspartner auftauchte, der sich die Klagen des Opfers geduldig und verständnisvoll anhörte und ihm zu verstehen gab, daß es einen doch ganz naheliegenden Ausweg gebe, nämlich einfach eine vollständige Niederschrift all jener "Verbrechen" anzufertigen, die man als "Konterrevolutionär" nun einmal begangen habe. Ob er, Coillie, nicht ab und zu einen Brief ins Ausland geschrieben habe? Als die Frage bejaht wurde, reagierte der Gesprächspartner mit einem erleichterten "Na also" und konnte weiterhin befriedigt feststellen, daß der Brief in ein "reaktionäres Land" gegangen, und daß in dem Schreiben obendrein noch von China die Rede gewesen sei. Das Selbstbeziehungsschreiben, daß nach dieser "Zirkusdressur" herauskam, hatte ursprünglich folgende Fassung: "Ich, van Coillie, internationaler Spion, habe militärische Geheiminformationen weitergeleitet an reaktionäre und volksfeindliche Regierungen" (75). Die Richter wurden nach der Lektüre dieses Schreibens nun schon wesentlich freundlicher, verlangten allerdings, daß es noch einige weitere Male umgeschrieben und mit noch mehr Details angereichert werde.

Wer Pech hatte, konnte aufgrund eines solchen Geständnisses nun ohne weiteres zum Tode verurteilt werden. Für einen Ausländer wie Coillie diente es freilich lediglich als Ausgangspunkt für eine längere "Umerziehung", die durch permanente Kritik- und Selbstkritiksituationen innerhalb der Zellengemeinschaft, durch immer neue Bekennnisschreiben und durch einen marathonhaften Politunterricht bewirkt wurde, dessen Ziel es war, Begriffe und Vorstellungen mit neuen Inhalten zu "besetzen".

Gefangene pflegten, wenn überhaupt, erst dann entlassen zu werden, wenn ihre Kontrolleure sicher sein konnten, daß aus den Schülern auf bestimmte Worte und Signale hin sogleich exakte Antworten heraussprudelten: "Sprich das Wort Demokratie aus oder die Worte Imperialismus, Kolonialismus, Betriebsgesellschaft, Fünfjahresplan, Kreml, Wall Street, Korea, freie Wahlen, Produktion, Grundbesitz, Sozialismus, Eisenhower, Lenin... und so noch Hunderte mehr. Ein solches Wort auszusprechen ist gleichbedeutend mit einem Druck auf den Knopf, der automatisch jene Platte ablaufen läßt, die sich nach Jahren der Herzens- und Gehirnwäsche im Kopf gebildet hat

(76). All dies geschieht, wie Coillie aus eigener Erfahrung weiß, "unter dem Zwang einer Angstpsychose. Man ist wie ein Roboter. Man drückt auf den Kropf 'Sowjetunion' - und dann strömt es automatisch heraus". Schließlich gingen auch die Gefangenen dazu über, sich gegenseitig zu indoktrinieren und zu examinieren. Man war "lieber Raub- als Versuchstier". Gleichwohl hatte man immer freundlich zu sein. Als einer der Zellengenossen bei einer abendlichen Studiensitzung gefragt wurde, ob er mit seiner Behandlung zufrieden sei, pries er freudestrahlend die Güte des Richters, bewunderte die Versöhnlichkeit und Barmherzigkeit der Regierung und brachte anschließend in seiner Begeisterung noch diesen gesamten mündlichen Vortrag zu Papier. Nicht wenig erstaunt waren die Aufseher, als sie ihn noch in der gleichen Nacht erhängt in seiner Zelle auffanden - einen "begeisterten Selbstmörder", der für den verbitterten van Coillie zum "Sinnbild des Volkes im kommunistischen China" überhaupt geworden war (78).

Neben dem physischen Suizid gebe es, wie van Coillie meint, viele Millionen, die psychischen Selbstmord begingen: Mit Spruchbändern und unter Trompetengeschmetter brächten zahlreiche Bürger ihre Steuern zum Finanzamt, und unter den Rhythmen von Volkstänzen bäten "Kapitalisten", Kaufleute und Hauseigentümer die Regierung um die Gunst, ihren Besitz, ihre Fabriken, Maschinen, Häuser und Magazine dem Staat zum Geschenk machen zu dürfen. Kinder beschuldigten ihre Eltern und Studenten forderten "aus Vaterlandsliebe" ihre Eltern vor die Schranken von Kampfversammlungen (79).

Van Coillie schlägt hier einen vielleicht allzu weiten Bogen von seinen eigenen Erlebnissen zu den Erfahrungen des ganzen Volkes. Doch gibt er ganz gewiß einen realistischen Teilausschnitt jener Stimmung wieder, wie sie unter all jenen Millionen von Chinesen herrschte, die von der KPCh damals zum "Un-Volk" erklärt worden waren.

2.2.5. Die "Drei- und Fünf-Anti-Kampagnen"

Die "San fan"- und die "Wu fan"-Kampagne pflegen zwar immer in einem Atemzug genannt zu werden, doch unterschieden sie sich sowohl ihrem zeitlichen Verlauf als auch vor allem dem angegriffenen Personenkreis nach.

Die Bewegung gegen die "Drei Übel" (der Korruption, der Verschwendung und des Bürokratismus), die im Dezember 1951 begann, richtete sich weniger gegen ehemalige GMD-Funktionäre, die ja zum größten Teil bereits als "Konterrevolutionäre" zur Verantwortung gezogen worden waren, als vielmehr gegen Regierungskader und -angestellte, die z.T. sogar Parteimitglieder waren (80). Die KPCh-Führung hatte die schmerzliche Feststellung treffen müssen, daß Funktionäre, die noch vor wenigen Jahren ein Muster an Selbstlosigkeit gewesen waren, sich nach der "Befreiung" zu "kleinen Königen" entwickelt hatten, die sich in ihrer neuen Macht sonnten, überall herumkommandierten, verschwenderisch mit dem ihnen anvertrauten Vermögen umgingen und vereinzelt bis zum Hals in Korruption versunken waren - ein Tatbestand, den Mao Zedong auf den "zersetzenden Einfluß der Bourgeoisie" zurückführte (81).

Die Drei-Anti-Bewegung, die bis Oktober 1952 dauern sollte (82), wurde in sämtlichen Regierungsorganisationen, Schulen, Industriebetrieben und Massenorganisationen durchgeführt, wobei jeweils ein "Sparsamkeitsüberwachungskomitee" den Kampagnen-Ablauf überwachte. Was die Ausschüsse an Mißgriffen, Unterschlagungen, Veruntreuungen, Schiebereien und Korruption zutage förderten, verschlug so manchem Parteigenossen die Sprache. Die Unterschlagungsobergrenze, von der ab gemäß dem einschlägigen ZK-Beschluß Todesurteile gefällt werden sollten, lag damals bei 15 Mio. Renminbao (ungefähr 1.500 neue Yuan). Das Politbüromitglied Peng Zhen gab zu bedenken, daß, wenn man bei diesem Limit bliebe, nahezu sämtliche Kader der mittleren Ebene exekutiert werden müßten. Als die Obergrenze verdoppelt wurde, blieb Peng immer noch bei seiner Warnung (83). Mao Zedong entschied schließlich, daß nur "gegen die korruptesten" Kader ein "Hauptschlag" gerichtet werden dürfe, während alle anderen Funktionäre, die der "Korruption mittleren oder geringeren Ausmaßes schuldig" seien, lediglich "umerzogen" werden müßten (84).

Nach offizieller Angabe wurden während der San-Fan-Kampagne rd. 4,5% aller Verwaltungskader aus ihren Ämtern "hinausgesäubert" (85).

Mitte 1953 erfuhr die Drei-Anti-Bewegung eine Neuaufgabe, da Korruption, Verschwendung und vor allem das ständige Rekurrieren auf Zwangsmaßnahmen und barsche Befehlerteilung bei der ersten Kampagne immer noch nicht hatten ausgeräumt werden können (86).

Nicht nur in den Städten, sondern auch auf den Dörfern waren die alten Honoratioren vielfach durch "neue Tyrannen" abgelöst worden, denen ihre Machtstellung zu Kopf gestiegen war (87). Selbst Mitglieder der Bauernverbände und der Bodenreformausschüsse hatten sich inzwischen in Korruptionsfälle verwickelt und waren dazu übergegangen, persönliche Gegner durch "Hexenjagden" auszuschalten, indem sie zu Verleumdungen griffen ("Du warst Mitglied der GMD") und nicht einmal vor Vergewaltigungen zurückschreckten (88).

Im März 1952 lief parallel zur Drei-Anti- eine sog. Fünf-Anti-Bewegung (gegen Bestechung, Steuerhinterziehung, Veruntreuung von Staatseigentum, Betrug und Verrat von Staatsgeheimnissen) an, die wegen der plakativen und ähnlich klingenden Wortwahl zumeist mit der Drei-Anti-Bewegung in enge Verbindung gebracht wird, in Wirklichkeit aber ganz andere Kreise ansprach, nämlich "Kapitalisten sowie die nichtkapitalistischen selbständigen Handwerker und Kaufleute mit Familienbetrieben, nicht aber die Straßenverkäufer" (89). Dieser Personenkreis wurde in fünf Kategorien unterteilt, nämlich "diejenigen, die die Gesetze einhalten; diejenigen, die die Gesetze im wesentlichen einhalten; diejenigen, die sie teils einhalten, teils brechen; diejenigen, die ernste Gesetzesverstöße begehen, und diejenigen, die die Gesetze überhaupt nicht einhalten". In den Großstädten machten, wie Mao Zedong es ausdrückte (90), "die ersten drei Kategorien etwa 95% und die beiden anderen ca. 5% aus". Diese Eingrenzung hat nichts mit Statistik, sondern typischerweise wiederum mit dem Willen zu tun, einen solchermaßen anvisierten Prozentsatz von Personen zu "bekämpfen". Ziel der Kampagne war es, die "Fünf Übel" auszurotten und die Spekulation im Handel auszumerzen, ...die private Industrie innerhalb des vom Staat festgelegten Rahmens zu entwickeln..., den privaten Handel Schritt für Schritt einzuschränken und ...die Pläne des Staates für die Monopolisierung des

Absatzes der Privatindustrie auszuweiten... sowie gleichzeitig die Privatindustrie und den Privathandel zunehmend in unseren Plan einzu-beziehen" (91).

Bis Ende September 1952 waren rd. 76% der auf dem Angriffsplan stehenden Kaufleute in sieben Großstädten durch Volkstribunale im Sinne der "Fünf Verbrechen" für schuldig befunden worden (92). In der Stadt Shanghai waren 160.000 Kaufleute überprüft und durch tagelange Dauerverhöre zu "Geständnissen" veranlaßt worden (93). Am Ende wurden 500 von ihnen exekutiert, 4.000 zu langjährigen Freiheitsstrafen und 30.000 zu Gefängnisstrafen bis zu 10 Jahren verurteilt; außerdem konnte man bei ihnen rd. 1,25 Mrd. US\$ requirieren. Auf dem Höhepunkt der Kampagne lag die tägliche Selbstmordrate bei etwa 100 Fällen (94). Insgesamt dürfte sich die Zahl der Selbstmorde während der Drei- und Fünf-Anti-Kampagnen in ganz China auf etwa 200.000 belaufen haben (95).

Mit der Fünf-Anti-Kampagne begann übrigens auch die Demonstration der Viererkoalition und damit der "Neuen Demokratie". Die "Nationale Bourgeoisie" war das erste Opfer, dem während der Vergenossenschaftsbewegung die Reichen und Oberen Mittelbauern sowie, beginnend mit dem Jahre 1956, die "Kleinbourgeoisie", d.h. die Intellektuellen, folgen sollten. Zeitlich gesehen setzte die hier sichtbar werdende Salamtaktik 1952 ein, obwohl für die Neue Demokratie ursprünglich Jahrzehnte des Übergangs angekündigt worden waren.

2.2.6.

Die "Gedankenreform"-Kampagne

Schließlich gab es da noch die Intellektuellen, die als Angehörige der sog. "Kleinbourgeoisie" ein wichtiger Bestandteil der Viererkoalition waren, und die sich nur schlecht mit dem Gedanken anfreunden konnten, "Diener des Volkes" zu sein (96). Im Oktober 1951 befand das ZK, daß es höchste Zeit sei, sie durch Kritik und Selbstkritik auf den richtigen Weg zu bringen (97). Am 17. November 1951 erließ die Gesamtchinesische Vereinigung für Literatur und Kunst einen Beschluß über die "Reform des Denkens" (sixiang gai-zao) (98). Im Januar 1952 wurde dann, im typischen Kampagnenstil, die anfangs punktförmige Bewegung auf sämtliche Kopfarbeiter

ausgeweitet, seien es nun Künstler, Wissenschaftler, Professoren oder aber Mitglieder der "Demokratischen Parteien" sowie Vertreter der Religionsgemeinschaften (99).

Was sich hier entwickelte, war die erste an die Adresse der "Intellektuellen" (zhishi fenzi) gerichtete Kampagne, der im Laufe der nachfolgenden Jahre noch viele andere folgen sollten und bei denen jeweils ein Gang höher geschaltet wurde.

Anders als im Westen ist der "Intellektuelle" in China nicht der skeptisch Hinterfragende, in welcher Eigenschaft er ja augenblicklich als "Konterrevolutionär" bekämpft würde, sondern vielmehr der Wissende, der arbeitsteilig an den gesellschaftlichen Prozessen mitzuwirken hat.

Anders als Grundbesitzer und "Konterrevolutionäre" wurden die Intellektuellen in dieser ersten Phase noch mit Samthandschuhen angefaßt. Das Grundmodell der revolutionären Umschulung, in dessen Verlauf die Intellektuellen wieder zu Werktätigen werden sollten, ist von Robert J. Lifton aufgrund eingehender Befragungen beschrieben worden (100). Danach durchlief der Standardlehrgang, dem zumeist sechs bis zehn Personen angehörten, im allgemeinen drei Phasen: (1) "Zusammenfinden in der Großen Gemeinschaft" durch Vorlesungen und Diskussionen, durch die beim Teilnehmer eine Sehnsucht nach Identifikation mit den großen Zielen der Kommunistischen Bewegung erweckt werden sollen. Sodann folgt (2) der "Milieueinbruch - die Periode der emotionalen Konflikte", in deren Verlauf ein Umschwung vom Ideologischen zum Persönlich-Emotionalen erfolgen soll. Der einzelne würde sich - so die Erwartungen - durch Kritik, Selbstkritik und umfassende "Bekanntnisse" aus seinen früheren sozialen Netzen herauslösen und neue Bindungen anstreben. In Phase 3 folgen dann "Unterwerfung und Wiedergeburt": das Erlernte wird noch einmal zusammengefaßt, eine abermalige Klassenanalyse erstellt und ein endgültiges Bekenntnis zur neuen gemeinsamen Sache formuliert. Bekenntnisberichte werden zweckmäßigerweise immer und immer wieder neu geschrieben, so daß dem Umzuerziehenden keine Chance bleibt, das Ritual nur äußerlich mitzuspielen, innerlich aber der alte Adam zu bleiben.

Anfang der fünfziger Jahre galt es aus den Köpfen der "Intellektuellen" vor allem folgende Rückstände "herauszusäubern": (1) politisch: Mißtrauen gegenüber der KPCh, Nostalgie gegenüber der GMD, Verehrung für Amerika, Gleichgültigkeit gegenüber den "Massen", Reformismus, Konservatismus und Bürokratismus; (2) sozial: Mangel an Pflichtgefühl, rein technische Ausrichtung, Opportunismus, Verachtung der körperlichen Arbeit; (3) ideologisch: "freischwebendes" Sektierertum, Dogmatismus, Formalismus, Liberalismus, "rein berufliches" Interesse und (4) persönlich: Geltungsbedürfnis, Ichbezogenheit, Anmaßung und Verschwendungssucht.

Die Gedankenreformkampagne war nicht zuletzt durch die Diskussion über den Film "Das Leben des Wu Xun" angefaßt worden, in dem nur die Sonnenseite der Qing-Zeit herausmodelliert, jedoch nichts über den "großen Kampf des chinesischen Volkes gegen die ausländischen Aggressoren und gegen die einheimischen reaktionären Feudalherren" ausgesagt worden war. Ein solches "ideologisches Durcheinander" sei gefährlich, schade dem Überbau in der neuen Gesellschaft (101) und müsse überhaupt als typisch für das Denken vieler Intellektueller, vor allem aber vieler Künstler, angesehen werden. Wie richtige und falsche Kunstwerke voneinander zu unterscheiden seien, war bereits bei der "Aussprache in Yan'an über Literatur und Kunst" im Mai 1942 deutlich herausgearbeitet worden (102). Daß die Grundsätze von damals, nämlich die Forderung nach einer massennahen, volkstümlich geschriebenen und regimeligitimatorischen Kunst auch jetzt noch gültig waren, ging deutlich aus den Preisverleihungen des Jahres 1951 hervor. Damals erhielt der Roman der Schriftstellerin Ding Ling "Die Sonne strahlt über dem Sanggan-Fluß", Zhou Libos Roman "Der Orkan" und das bis heute wohl berühmteste Werk der modernen Bühnenliteratur, nämlich die Oper "Das weißhaarige Mädchen" den Stalin-Preis für Literatur. "Das weißhaarige Mädchen" erzählt die Geschichte einer jungen Frau, die den Nachstellungen eines Grundbesitzers dadurch entgeht, daß sie sich im dorfnahen Wald versteckt. Abergläubische Bauern, die sie manchmal bei Nacht zu Gesicht bekommen, halten sie für ein Gespenst, doch werden sie am Ende von der Achten Armee über den

wahren Sachverhalt aufgeklärt. Der Grundbesitzer wird hingerichtet, das Mädchen kehrt ins Dorf zurück und das Leben geht unter glücklicheren Umständen in einer neuen Gesellschaft weiter: eine typische, dem damaligen Kampf gegen den Aberglauben nützliche Geschichte, die später umgeschrieben und für Zwecke der Kulturrevolution zu rechtgemacht wurde.

Führende Parteikreise machten sich offensichtlich keine Illusionen über den Erfolg der "Gedankenreform". Noch 1956 beispielsweise wies Zhou Enlai in seinem bekannten Intellektuellen-Bericht darauf hin, daß mindestens 60% der "höheren Intellektuellen" noch weit davon entfernt seien, an den Kommunismus zu glauben (103).

3. **Die vier militärischen Unternehmen der frühen fünfziger Jahre**
Nachdem die VBA bis Ende 1949 das Festland im wesentlichen militärisch unter Kontrolle gebracht hatte, blieben ihr noch drei Aufgaben, nämlich die Besetzung der dem Festland vorgelagerten kleineren Inseln, ferner die "Heimholung" Tibets ins Reich und die "Befreiung" Taiwans. Als vierte, völlig unvorhergesehene Aufgabe kam plötzlich auch der Koreakrieg ins Visier.

3.1. **Die Bereinigung der Inselfront**
Im April 1950 war die VBA so weit, daß sie auch maritime Unternehmen starten konnte.

Innerhalb kurzer Zeit gelang es ihr, im April 1950 die tropische Insel Hainan sowie im Mai 1950 die zwischen Ningbo und Shanghai liegende Inselgruppe Zhoushan zu besetzen.

Nach diesen, eher im Übungsstil verlaufenden Unternehmen glaubte man, auch bereits den Schlüssel zu Taiwan zu besitzen. Mit dem Ausbruch des Koreakriegs jedoch rückte dieses Ziel in weite Ferne, zumal nun die amerikanische 7.Flotte in der Formosa-Straße zu patrouillieren begann.

3.2. **Die "friedliche Befreiung" Tibets**
Daß Tibet ein unablässlicher Bestandteil des chinesischen Mutterlandes sei, der sich erdreistet hatte, die Krise von 1911 zur Aufkündigung der Reichseinheit auszunutzen, und der daher so bald wie möglich wieder heim ins Reich geholt werden mußte, duldete weder für die KPCh noch für die GMD den geringsten Zweifel.

Die Führung in Beijing hatte deshalb wenig Skrupel, bereits im Juli 1950 den Angriffsbefehl auszugeben, der an die Erste und Zweite Feldarmee erging, die im Kampf mit den Guomindang-Truppen bis in die Provinz Sichuan (Erste Feldarmee unter Peng Dehuai) und, im Südwesten, in die ehemalige Provinz Xigang (Zweite Feldarmee unter Liu Boshang) vorgestoßen und daher bis an die tibetischen Grenzen herangerückt waren.

Der Ersten Feldarmee standen für das Tibet-Unternehmen zwei, der Zweiten Feldarmee sieben Divisionen zur Verfügung. Beide Verbände rückten bis September 1970 in die etwa 800 km voneinander entfernt liegenden Bereitstellungsräume ein, von wo jeweils eine der beiden ins Hochland hinaufführenden Straßen ihren Ausgang nahmen, nämlich in den Raum von Wenquan ("Heißquellen") (Provinz Qinghai), von wo eine Trasse über das tibetische Amdo nach Lhasa führt, und an die Grenze von Ostsichuan, von wo aus die Hochgebirgsstraße via Chamdo nach Lhasa einfädelt.

Es war an einem der noch sonnigen, aber schon beißend kalten Oktobertage, als sich die Truppen ins Hochland hinaufarbeiteten. Dabei mußten sie entdecken, daß das Straßensystem weitaus unzulänglicher war, als es sich die Führung vorgestellt hatte. So kam es, daß die Infanterieverbände mehr mit der Natur und ihren Widrigkeiten als mit dem tibetischen Gegner zu tun hatten. Der Tibet-Feldzug wurde m.a.W. unterderhand zu einem Straßen- und Brückenbauunternehmen. Erst nach Wochen des Vormarsches hatte die Zweite Feldarmee erste Gefechtsberührung, und zwar im Vorfeld von Chamdo. Als die Verbände sich jedoch der Stadt näherten, hatte die 3.000 Mann starke tibetische Besatzung bereits das Weite gesucht. Ohne einen einzigen Schuß war damit die Straßenverbindung zum etwa 1.000 km entfernten Lhasa geöffnet worden.

Angesichts des hereinbrechenden Winters verschanzten sich die chinesischen Truppen entlang der Zufahrtsstraße nach Lhasa, um dort abzuwarten und der Diplomatie den Vorrang zu lassen. Vor die Wahl zwischen freiwilliger Kapitulation und militärischer Eroberung gestellt, entsandte die tibetische Regierung im April 1951 eine Delegation nach Beijing, die am 23. Mai

1951 jene berühmte "17-Punkte-Vereinbarung über die friedliche Befreiung" unterzeichnete, derzufolge Tibet die "Rückkehr" versprach, während China versprach, das "gegenwärtige politische System in Tibet nicht zu ändern" (104).

Aufgrund dieses Abkommens marschierte die VBA am 9. September 1951 in Lhasa ein (105).

Außer einigen Scharmützeln mit den Einwohnern des Chamdo-Gebiets, den "Khambas", im Oktober 1950, war Tibet also fast ohne einen Schuß Pulver erobert worden. Die erste unangenehme Prüfung für die Chinesen sollte erst 1959 folgen.

Die Eile, mit der das Tibet-Unternehmen eingeleitet worden war, wurde u.a. damit begründet, daß Amerikaner und Briten Absichten hätten erkennen lassen, sich im hochgelegenen Tibet eine strategische Ausgangsbasis zu schaffen, weshalb rasches Handeln vonnöten gewesen sei (106).

Mit dem Tibet-Unternehmen setzte sich das junge volksrepublikanische China in die völkerrechtlichen Nessel. Selbst Jahrzehnte später hatte es noch Legitimationsschwierigkeiten, nicht zuletzt auch nach dem neuerlichen Aufstand der Tibeter i.J. 1987. Vor allem die westliche Welt mochte sich nicht mit den chinesischen Geschichts-, Befreiungs- und Leistungsargumenten befreunden (107).

Die schlechten Erfahrungen beim Tibet-Feldzug veranlaßten Beijing, mit besonderer Eile zwei Straßen nach Lhasa auszubauen, und zwar die 2.255 km lange Strecke von Ya'an sowie die 2.100 km lange Straße von Xining (Provinz Qinghai). Beide Strecken konnten bereits am 25.12.1954 dem Verkehr übergeben werden.

3.3.

Der Koreakrieg

Mit zu den traumatischsten Erfahrungen der jungen Volksrepublik gehört die Verwicklung der "chinesischen Volksfreiwilligen" in das Korea-Unternehmen, zu dem Mao Zedong am 8. Oktober 1950 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Revolutionären Militärausschusses des chinesischen Volkes den Eingriffsbefehl ausgab (108). China schaltete sich dort zu einem Zeitpunkt ein, als der Krieg seine dritte Phase erreicht hatte. Vorausgegangen war in Phase 1 der nordkoreanische Überraschungsangriff auf Südkorea, der am 25. Juni 1950 begonnen hatte und in dessen Ver-

lauf ganz Südkorea bis auf eine Restfläche von 80 x 80 km im Umfeld der Hafenstadt Pusan erobert wurde.

Die zweite Phase hatte mit dem Landungsmanöver der von McArthur befehligten UNO-Truppen im Rücken der nordkoreanischen Verbände eingesetzt, in dessen Entfaltung die Armeen McArthurs den 38. Breitengrad überschritten und auf den Yalu, also den Grenzfluß zwischen Nordkorea und China, zumarschierten. Beijing ließ den Amerikanern durch Vermittlung des indischen Botschafters erklären, daß es dieses Vorgehen als drohenden Angriff auf sein eigenes Staatsgebiet betrachte und sich deshalb notfalls zur Gegenwehr gezwungen sehe.

Die dritte Phase begann mit dem Angriff der rd. 1/4 Million "chinesischen Volksfreiwilligen", die sich fast unbemerkt an die vorrückenden UNO-Truppen herangearbeitet hatten, wobei ihnen ihre jahrelange Ausbildung im Nachtmarsch, im Verschanzen sowie in der Ausnutzung von Geländebesonderheiten zugute gekommen war. Die bis dahin arglose 8. US-Armee wurde am 25.11.1950 mit solcher Wucht getroffen, daß sie regelrecht zurückgeschleudert wurde und ihr Heil in panikartiger Flucht suchte. Nur die überlegene Feuerkraft der amerikanischen Artillerie, die Unvertrautheit der chinesischen Truppen mit Verbundwaffen und nicht zuletzt auch die einer schnellen Verfolgung entgegenstehenden eisigen Temperaturen von bis zu -55 Grad verhinderten die Vernichtung des US-Verbandes. Erst in der Höhe des 38. Breitengrads konnte die UNO-Front wieder stabilisiert werden, um allerdings bereits am 1. Januar 1951 einem erneuten Schlag der VBA ausgesetzt zu sein.

Drei Stärken hatten die chinesischen "Volksfreiwilligen" in dieser Anfangsphase ausspielen können, nämlich ihre quantitative personelle Überlegenheit, ihre Kampfmoral und das Moment der Überraschung, das von ihrem Oberkommandierenden, General Lin Biao, präzise kalkuliert worden war.

Beim zweiten Großangriff am Neujahrstag 1951 waren davon nur noch zwei Momente übriggeblieben, nämlich Quantität und Kampfmoral. Unter dröhnenden Anfeuerungsrufen rollte eine Regiments-"Welle" nach der anderen gegen den Feind an, überrannte dessen Verteidigungsstellungen und eroberte bereits drei Tage später Seoul, über das nun zum dritten Mal die Geißel des Krieges hinwegging.

Spätestens jetzt freilich bekamen die VBA-Verbände die konzentrierte Feuerkraft eines waffentechnisch weit überlegenen Gegners zu spüren, der mit Hilfe von Artillerie und Luftwaffe eine Materialschlacht führte, gegen die mit der überkommenen Menschenwellen-Taktik auf die Dauer nicht anzukommen war. Schon kurze Zeit später kam denn auch der chinesische Angriff zum Erliegen.

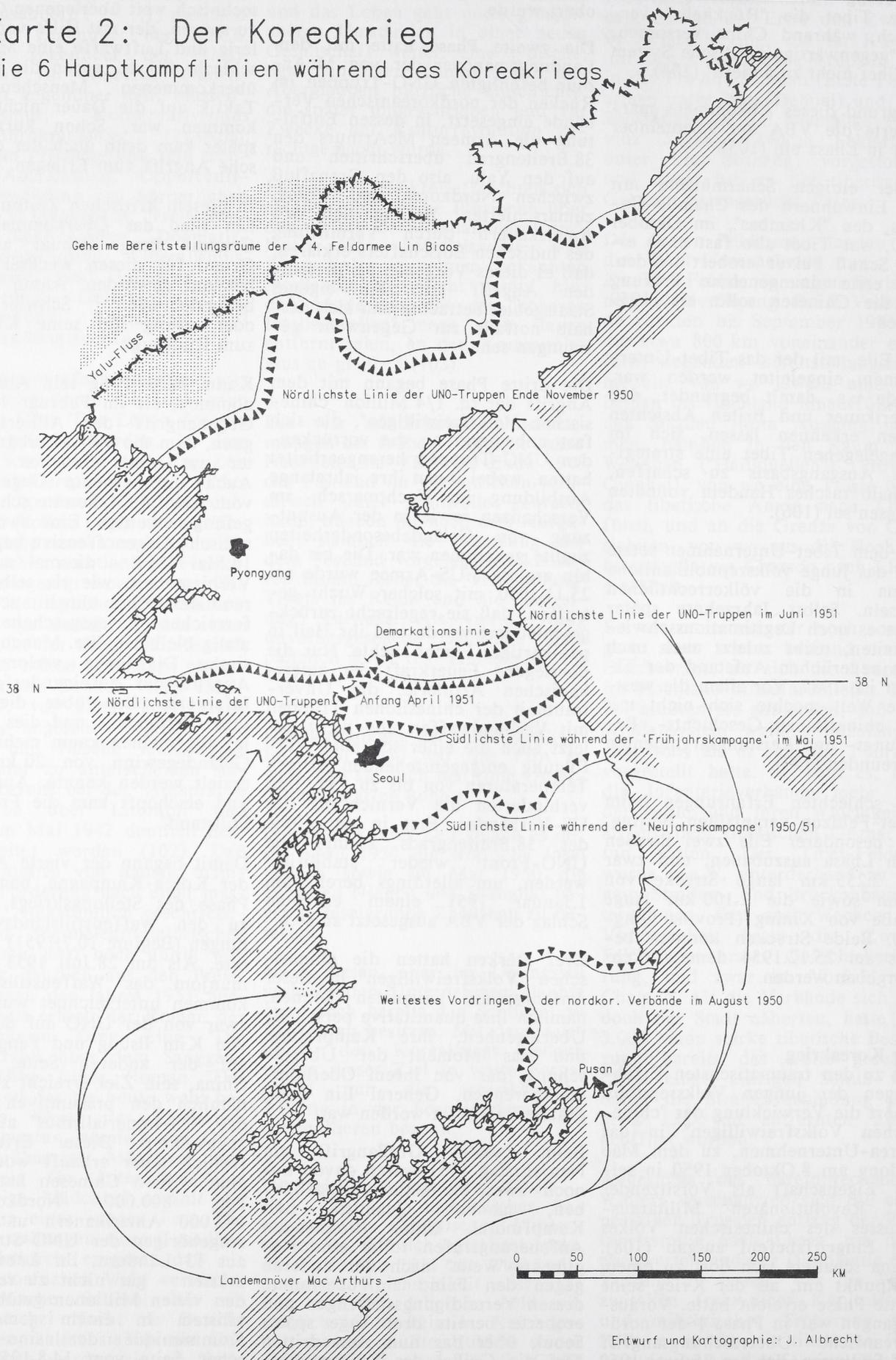
In diesem kritischen Zeitpunkt gab Lin Biao das Oberkommando an General Peng Dehuai ab. Der Grund für diesen Wechsel ist nie bekannt geworden. Ahnte Lin die bevorstehenden Schwierigkeiten oder zwang ihn seine Krankheit zum Rückzug?

Kaum hatte Peng sein Amt übernommen, als im Februar 1951 der Gegenangriff der Alliierten begann, dem die VBA-Verbände Meter um Meter weichen mußten. Auch ihre erneute Gegenattacke vom April 1951 konnte schnell abgefangen werden. Eine zweite chinesische Gegenoffensive begann am 16. Mai 1951 - diesmal mit einer Verbissenheit, wie sie selbst während des bisher ohnehin schon opferreichen Kriegsgeschehens einmalig bleiben sollte. Manche chinesische Divisionen verloren beim Angriff der aufeinanderfolgenden Infanteriewellen über die Hälfte ihres Bestands - und dies, obwohl im allgemeinen kaum mehr als ein Geländegewinn von 20 km Tiefe erzielt werden konnte. Ausgeblutet und erschöpft kam die Front zum Stillstand.

Damit begann der vierte Abschnitt der Korea-Kampagne, nämlich die Phase des Stellungskriegs, die bis zu den Waffenstillstandsverhandlungen (Beginn: 10.7.1951) fort dauerte. Als am 28. Juli 1953 in Panmunjom das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet wurde, und zwar von der UNO auf der einen, von Kim Il-sung und Peng Dehuai auf der anderen Seite, erklärte China, sein Ziel erreicht zu haben, nämlich den präsumtiven Angriff des "US-Imperialismus" auf China abzuwehren. Dieser Erfolg war freilich teuer erkauft worden: rd. eine Million Chinesen hatten, neben 800.000 Nordkoreanern, 142.000 Amerikanern und 17.000 Angehörigen der UNO-Streitkräfte aus 13 Ländern, ihr Leben lassen müssen - gar nicht zu reden von den vielen Millionen getöteten Zivilisten. In einem gemeinsamen Kommuniqué der sino-koreanischen Seite vom 14.8.1953 wurde erklärt, daß in den vergangenen

Karte 2: Der Koreakrieg

Die 6 Hauptkampflinien während des Koreakriegs



drei Jahren 1.093.800 Feinde ausgeschaltet und u.a. 12.200 Flugzeuge abgeschossen oder beschädigt worden seien.

Ein Wermutstropfen für die junge Volksrepublik war die Weigerung von 14.000 der rd. 20.000 in Gefangenschaft geratenen "Volksfreiwilligen", in ihre Heimat zurückzukehren; die meisten zogen es vor, sich in Taiwan eine neue Heimat zu suchen.

Die Auswertung der Erfahrungen aus dem Koreakrieg fiel höchst ambivalent aus: Für Lin Biao hatte das Geschehen erneut bewiesen, daß das Konzept, "mit Hirse und Gewehr" zu kämpfen, noch lange nicht veraltet sei. Demgegenüber war Peng Dehuai, der ja die weniger ruhmreiche Phase des Koreakriegs erlebt hatte, zu der Erkenntnis gekommen, daß ein moderner Gegner nicht nur mit hochmotivierten Soldaten, sondern vor allem auch mit modernen Waffen bekämpft werden müsse. Die Forderung nach Modernisierung der VBA verschwand seitdem nie mehr aus der innermilitärischen und politischen Diskussion der VR China.

Kein Wunder, daß die beiden Korea-Helden und Protagonisten grundlegend verschiedener Militärkonzepte auch in den nachfolgenden Jahren zu den Hauptkontrahenten der "Strategie"-Debatte wurden. Peng stürzte 1959 und mußte dem neuen Verteidigungsminister Lin Biao Platz machen, nach dessen zwölfjähriger Herrschaft allerdings das Erbe Pengs eine Renaissance erlebte (109).

Der Schatten des Koreakriegs fiel auch auf die Heimatfront und führte dort zu einer Verschärfung der ohnehin schon hart geführten Kampagnen gegen die Grundbesitzer und die Konterrevolutionäre. Die durch den Krieg ausgelösten Emotionen gaben auch die klimatischen Rahmenbedingungen für die Kampagne zum "Widerstand gegen Amerika und zur Hilfe für Korea" ab.

3.4.

Die Fata morgana Taiwan

Die "Befreiung" Taiwans und Tibets waren noch bei der Ansprache Liu Shaoqis zum 1. Mai 1950 als vorrangige von insgesamt sechs "gegenwärtigen Hauptaufgaben" genannt worden (110). Die VBA möge sich "aktiv für einen Feldzug dorthin vorbereiten. Man vergesse nicht, daß Taiwan in der Prioritätenliste sogar noch vor Tibet stand! (111)

Wenn es dann doch nicht zur "Befreiung" kam, so hatten sich die auf die Insel geflohenen GMD-Verbände dafür hauptsächlich bei der in der Straße von Formosa patrouillierenden 7.US-Flotte zu bedanken. Die Volksrepublik konnte Taiwan nicht nur nicht zurückerobern, sondern mußte im Gegenteil, bis 1954, Blockaden der taiwanesischen Marine an der südostchinesischen Küste auf einer Länge von fast 1.000 km über sich ergehen lassen - eine Situation, die erst durch Errichtung eines neuen Hafens in Südostchina, Zhanjiang, bereinigt werden konnte. Zu wirklich ernsthaften "Taiwan-Krisen" kam es im Vierjahresrhythmus 1954, 1958 und 1962.

Am 28. Juni 1950 gab Zhou Enlai eine Erklärung ab, in der er namens der chinesischen Regierung die USA beschuldigte, sich in innerchinesische Angelegenheiten einzumischen und das chinesische Volk an der "Befreiung Taiwans zu hindern".

4. Die ersten außenpolitischen Gehversuche

In den Jahren 1949 bis 1952 unternahm China auch seine ersten außenpolitischen Gehversuche, die allerdings noch ziemlich unbeholfen wirkten. Dies wurde besonders deutlich beim ersten Auftritt einer chinesischen Delegation in der westlichen Welt, nämlich vor der UNO-Vollversammlung im Herbst 1950.

Zur Situation: 1950 war der Koreakrieg ausgebrochen, und außerdem hatten die USA ihre Entschlossenheit bekanntgegeben, Taiwan zu verteidigen. Allerdings gehörte die Volksrepublik damals nicht der Weltorganisation an; zwar hatte das KP-Mitglied Dong Biwu zusammen mit mehreren GMD-Vertretern an der Gründungsversammlung der UNO in San Francisco im April 1945 teilgenommen, doch war das Vertretungsrecht für China bei der inzwischen in Taiwan ansässigen Regierung der "Republik China" verblieben (die bekanntlich erst 1971 von der Volksrepublik aus dieser Position verdrängt werden konnte). Trotz ihrer Nicht-Mitgliedschaft aber wurde die VR China wegen der Korea-Frage auf Betreiben Indiens und der Ostblockländer zur Teilnahme an der Vollversammlung eingeladen.

So kam es, daß im November und Dezember 1950 eine neunköpfige Delegation der Volksrepublik unter Führung Wu Xiuquans (des späteren "Armee-Außenministers") in

New York eintraf, um "Chinas Debüt auf dem internationalen Parkett" zu geben (112). Die "kapitalistische Welt" war damals aus chinesischer Sicht noch mit Teufeln gefüllt. Kein Wunder, daß Wu seine Mission als eine Art Kampfauftrag betrachtete: "Vom militärischen Kriegsfeld waren wir auf die Rednerbühne gegangen, um den Kampf gegen den überstarken und arroganten imperialistischen Staat Nr.1 zu wagen, bei dem es Auge um Auge und Zahn um Zahn gehen würde" (113). Die Delegation war im "ungeheuer teuren" Waldorf-Astoria-Hotel untergebracht und sah sich in der Öffentlichkeit überall von Politikern und Journalisten umdrängt (114). Nur zwei Plätze von Wu entfernt saß am Verhandlungstisch der "halsstarrige Imperialist Dulles, der so tat, als bemerke er uns überhaupt nicht. Ich aber blieb gelassen und warf einen Blick auf diese gefühllose, prominente amerikanische Figur, die keinen Mut hatte, uns anzusehen. Er saß dort und starrte hinter seinen Brillengläsern nach vorn, wobei er seinen Mund so verzerrte, daß es einem sowohl abstoßend als auch lächerlich vorkam" (115).

Ebenfalls mit am Verhandlungstisch saß der Vertreter Taiwans, der, wie Wu voller Abscheu feststellte, ausschließlich englisch sprach, obwohl ja das Chinesische als eine der offiziellen Sprachen der UNO offiziell anerkannt war, und der sich nicht schämte, auf diese Weise die "nationale Ehre zu verletzen" (116).

Wu hielt flammende Reden gegen den US-Imperialismus, der in die Fußstapfen der japanischen Imperialisten von 1895 getreten sei, und der Taiwan zu einem unversenkbaren Flugzeugträger ausbauen wolle (117). Während China einen Resolutionsentwurf über die amerikanische Aggression gegenüber Taiwan einbrachte, konterteten die USA mit einem - im Nu verabschiedeten - Resolutionsentwurf, der die Chinesen als "Aggressoren" in Korea brandmarkte, woraufhin die Beijinger Delegation "wutentbrannt die Sitzungshalle verließ" und das "Schlachtfeld" auf Bereiche außerhalb der UNO verlegte (118). Auf Schritt und Tritt offenbarte sich hier außenpolitische Unerfahrenheit. U.a. rannten die Chinesen voll ins offene Messer der USA.

Wu suchte Zuflucht bei Symbolen: Hatte es z.Zt. der Ankunft seiner Delegation in New York einen großen Sturm gegeben, der die ganze Stadt in makabre Finsternis hüllte und sich wie ein Fanal "für den

Sturz des Imperialismus" ausnahm, so "konnten wir jetzt, beim Rückflug, die glühende Sonne über unserem Vaterland wie ein Symbol der neugeborenen Volksrepublik aufgehen sehen" (119).

Der Bericht Wus wurde deshalb mit einiger Ausführlichkeit zitiert, weil er so ungemein bezeichnend war für die damalige Haltung der Volksrepublik gegenüber der Außenwelt: Überall lag Feindesland, sieht man einmal von den sozialistischen Bruderstaaten ab. Kein Wunder, daß sich China am liebsten in sich selbst verkrochen und Außenpolitik vermieden hätte, wenn es nur irgendwie möglich gewesen wäre! (120)

Trotz dieser Verweigerungshaltung aber wurde die junge Volksrepublik bis Ende 1952 nicht nur von sämtlichen sozialistischen Staaten, sondern auch schon von einer Reihe außersozialistischer Regierungen anerkannt, nämlich von Indien, Birma, Indonesien und Pakistan sowie von Schweden, Dänemark, der Schweiz und Finnland.

Den eigentlichen außenpolitischen Durchbruch erlebte Beijing aber, wie gesagt, gegenüber den sozialistischen "Bruderländern":

Am 16. Dezember 1949 war Mao Zedong um 12 Uhr mittags mit einem Sonderzug in Moskau eingetroffen und auf der Stelle zum Mittelpunkt zahlloser Gespräche und Feierlichkeiten geworden. Die Verhandlungen allerdings überließ er einer Expertendelegation unter der Leitung Zhou Enlais, der vier Tage später, am 20. Januar, nach Moskau kam.

Trotz äußerlicher Höflichkeit standen die Gespräche und Verhandlungen von Anfang an unter keinem guten Stern. Was die sowjetische Seite anbelangt, so konnte Stalin den Verdacht nicht loswerden, daß China sich auf bestem jugoslawischen Wege befinde. Die chinesische Seite andererseits hatte nicht vergessen, daß Stalin jahrelang gegen die Mao-Bewegung konspirierte hatte, indem er beispielsweise Li Lisan, Wang Ming und andere "linke Dogmatiker" als Emissäre der Komintern gegen die Bauernpolitik Maos hatte auftreten lassen, und daß, zweitens, die Sowjetarmee vor ihrem Abzug aus der Mandchurei fast alle dort von den Japanern installierten Maschinenanlagen und Zubehörteile demontiert und in die UdSSR abtransportiert hatte (121). Vom Anshan-Hüttenkombinat, von der Shenyanger Munitionsfabrik und

dem Xiaofengman-Wasserkraftwerk waren beispielsweise nur nackte Gebäude übriggeblieben. Selbst Klaviere, Sofas und Möbel, die einst den japanischen Beamten und Offizieren gehört hatten, waren abtransportiert worden. Nach einem Bericht des amerikanischen State Department vom 15.12.1956 waren der nordostchinesischen Industrie durch diese Demontagen bereits Ende 1946 Verluste in einer Höhe von 858 Mio. US\$ entstanden, die Wiederherstellungsaufwendungen von voraussichtlich 2 Mrd. US\$ erfordern würden (122).

Obwohl beide Seiten sich also zunächst höchst mißtrauisch gegenübertraten, versuchten sie doch von Anfang an, die gegenseitigen Bedenken zu zerstreuen. Stalin beispielsweise drückte seinen Besuchern gegenüber das Bedauern darüber aus, daß er und andere Kreml-Machthaber in der Vergangenheit sich in die chinesische Revolution "eingemischt" hätten (123). Daß der Führer des Weltkommunismus sich zu einer solchen Selbstkritik überwinden konnte, muß die chinesischen Gäste nicht wenig beeindruckt haben!

Mao und Zhou beschlossen unter diesen Umständen die Plünderungen in der Mandchurei "zu vergessen" (124) und gaben gleichzeitig die Parole aus, daß China sich ganz "nach einer Seite" (nämlich zur Sowjetunion hin) lehnen werde, und daß es weder einen jugoslawischen noch einen pro-britischen oder gar pro-amerikanischen Kurs einschlagen wolle. Nachdem nunmehr das Eis gebrochen war, kam fast so etwas wie "Flitterwochenstimmung" auf. Am 14. Februar wurde in Anwesenheit Maos und Stalins ein ganzes Bündel von Vereinbarungen unterzeichnet, darunter ein "Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand" (125), ferner ein "Abkommen über die Südmandschurische Eisenbahn, Lüshun (Port Arthur) und Dalian (Dairen Dalny)" (126), ein "Abkommen über die Gewährung langfristiger Wirtschaftskredite an China" (127) sowie zwei "Erklärungen", nämlich die über die Ungültigkeit der im August 1945 zwischen der UdSSR und der GMD-Regierung geschlossenen Verträge und Abkommen sowie die über die Anerkennung des unabhängigen Status der Mongolischen Volksrepublik (128).

Mit der Eisenbahn- und Hafenfrage war ein bilaterales Problem angesprochen, das bis ins 19. Jhd. zurückreichte. Rußland hatte damals die Qing-Regierung gezwungen,

der zaristischen Regierung den Bau und die Verwaltung der Häfen von Lüshun und Dalian zu bewilligen. Nach Niederwerfung der Japaner i. J. 1945, die das zaristische Erbe 1906 angetreten hatten, war die Verwaltung der drei Streitobjekte wieder in sowjetische Hände übergegangen. China hätte sie gern sofort zurückgenommen, mußte aber den Wünschen der Sowjetunion nach einer Übergangsperiode bis 1952 nolens volens Rechnung tragen.

In einen weiteren sauren Apfel mußte China beißen, als es nämlich die bereits 1945 von der GMD ausgesprochene Unabhängigkeit der Mongolischen Volksrepublik anerkannte.

Beijing konnte damals auch noch nicht ahnen, daß die Sowjetunion um Vertragsverlängerung bei den Häfen bitten würde. Zwar gab die Sowjetunion 1952 die Verwaltung der Südmandschurischen Eisenbahn an die Chinesen ab (129), bat jedoch gleichzeitig um die Verlängerung der Hafenrechte in Lüshun und Dalian (130) - eine Zumutung, der man in China schweren Herzens nachgeben mußte, weil Moskau die Bitte mit seinen strategischen Verpflichtungen gegenüber Korea begründete. Erst im Mai 1955 erfolgte dann der sowjetische Abzug auch aus den Marinestützpunkten (131).

Trotz kleiner Wolken am Himmel verließ Mao aber Moskau im 17.2.1950 in gelöster Stimmung. Im selben Zug reiste auch Ho Chi Minh via China nach Vietnam zurück. Unter den zwei Auslandsreisen Maos, die beide in die Sowjetunion führten, war der dreimonatige Aufenthalt Anfang 1950 die mit Abstand längste Visite.

Seit diesem Moskau-Besuch malte die Propaganda das sino-sowjetische Verhältnis in rosaroten Farben. Hinter den Kulissen freilich liefen die Beziehungen bei weitem nicht so reibungslos, wie es nach außen hin den Anschein hatte. Der Teufel lag vor allem im Detail. So kam es beispielsweise schon bald zu Meinungsverschiedenheiten über die Festlegung des Tauscherts zwischen chinesischen Yuan und sowjetischen Rubeln. Eiskalt suchte die sowjetische Seite einen möglichst hohen Rubelwert herauszuhandeln (132), stieß dabei aber auf heftigen chinesischen Widerstand. Des weiteren versuchte Moskau, möglichst viele sino-sowjetische Joint Ventures auf die Beine zu stellen, um auf diese Weise, wie die Chinesen später maliziös ausführ-

ten, die Hand auf chinesisches Eigentum zu legen. Immerhin kamen drei wichtige Gemeinschaftsunternehmen zustande, nämlich eine chinesisch-sowjetische Zivilfluggesellschaft, eine gemeinsame Erdölgesellschaft in Xinjiang und ein Joint Venture für Buntmetalle. China sollte in diese Gemeinschaftsunternehmen vor allem Grundstücke, Werkhallen und Bauausrüstungen einbringen, während die UdSSR sich umgekehrt zur Lieferung von Maschinen und Anlagen sowie von technischem Know-how verpflichtete. Vor allem bei der Kapitalisierung dieser Einlagen kamen auf chinesischer Seite Unbehagen, ja Mißtrauen auf, das durch "böartige" westliche Behauptungen, die UdSSR wolle China in die Tasche stecken, noch verstärkt wurde (133).

Angeblich drängten die Sowjets permanent auf eine Ausweitung der zu explorierenden Gebiete, ohne gleichzeitig auch ihre Joint-Venture-Investitionen entsprechend erhöhen zu wollen.

Verstimmungen gab es auch in anderen Bereichen, so z.B. im Zusammenhang mit dem Film "Der russische Reisende Prozhewalsky". Während der Streifen das chinesische Volk als armselig und das chinesische Beamtentum als unterwürfig hinstellte, zeichnete er die Russen als vornehm, gebildet und großzügig. Aus chinesischer Sicht handelte es sich hier um einen Ausdruck imperialistischer Gönnerhaftigkeit und um eine "Beschönigung des zaristischen Expansionsismus" (134).

Auch der in das Kommuniqué vom 12.10.1954 eingegangene Wunsch der Sowjetunion, das sino-sowjetische Eisenbahnsystem in Zentralasien auf der Linie Lanzhou-Urumqi-Alma Ata miteinander zu verbinden (135), wurde von den Chinesen schon bald mit einem Cui bono hinterfragt.

Wenn China trotz seiner Bedenken dann doch immer wieder nachgab, so vor allem deshalb, weil es angesichts des von den USA im Rahmen des Koreakriegs verhängten Antichina-Embargos kaum Alternativen hatte.

Nach dem Tode Stalins i.J. 1953 sollten sich noch weitere Schräglagen einstellen (136).

5. Die Bedeutung der Jahre 1949/52 für die nachfolgende Geschichte

In die nur wenige Jahre umfassende Übergangsperiode zwischen 1949 und 1952 fiel ein Jahrhundertereignis, das, gemessen an der bisherigen Geschichte, wohl den tiefsten Einschnitt im Leben des Durchschnittschinesen, d.h. des chinesischen Bauern, gebracht hat, nämlich die Verwirklichung der Bodenreform, die eine vielhundert-, ja vieltausendjährige Geschichte des "Feudalismus" mit einem Schlag beendet hat - zumindest im Bereich der "Produktionsverhältnisse"; zwar ist der Beginn des "Feudalismus" in der neueren Historiographie nach wie vor umstritten: Die einen möchten ihn auf die Westliche Zhou-Zeit (-11. bis -8.Jhdt.), die anderen auf das Ende der Han-Dynastie (+3.Jhdt.), die meisten auf die Zeit um -500 datieren (137); in jedem Fall hat man es mit einer weit über tausendjährigen Entwicklung zu tun, in deren Verlauf das dominierende Privateigentum des "Feudalherren" an Grund und Boden für den dieser Gesellschaftsformation eigentümlichen grundlegenden "Klassenantagonismus" zwischen "Gentry" (bodenbesitzendem Honoratiorentum) und Bauern gesorgt hat.

Typisch für feudalistische Gesellschaften ist nach marxistischer Auffassung die Mittelpunktstellung des Dorfes, geringe Arbeitsteilung, räumliche Abgeschlossenheit und Isoliertheit der einzelnen Wirtschaftseinheiten, Unterentwicklung der Infrastruktur und der Nachrichtenmittel, strenge Begrenzung der Berufstätigkeit, ein Vorherrschen traditioneller Denkweisen, eine Dominanz religiöser Vorstellungen und die Existenz von Hauptklassen, die ergänzt werden durch zwei Nebenklassen, nämlich die Handwerker und Kaufleute.

Mit der Niederlage Chinas im Opiumkrieg (1840/42) und mit dem dieser Tragödie folgenden Eindringen "kapitalistischer Elemente" in die chinesische Gesellschaft verwandelte sich China, wie es offiziell heißt, von einer feudalistischen in eine "halbkoloniale und halbfeudale Gesellschaft" (138). Während des Antijapanischen Kriegs galt das von den Japanern besetzte Gebiet als kolonial, das von der GMD beherrschte Territorium als "halbkolonial" sowie als "feudal" oder "halbfeudal" (139).

Die künftige Revolution müsse daher, so hieß es damals, zweiphasig verlaufen und ihren Weg über die demokratische und die sozialisti-

sche Revolution nehmen. Zwar wird manchmal behauptet (140), daß die erste Phase bereits mit der Ausrufung der VR China am 1. Oktober 1949 beendet worden sei. Da eine solche Vollendung aber nicht nur die Machtübernahme, sondern auch die Umwandlung der Bodenverhältnisse voraussetzt, konnte dieser Prozeß doch eigentlich erst nach Abschluß der Bodenreform als beendet gelten! Diese Umwandlung aber fällt in den hier behandelten Zeitraum!

Eine zweite wichtige Änderung war die Liquidierung des "Kompradorentums", d.h. jener durchaus nicht unbedeutenden Kaufmannsschicht in den Küstenstädten, die seit dem Ende des Opiumkriegs die Funktion eines wirtschaftlichen Scharniers zwischen Binnen- und Außenwirtschaft übernommen und bei der Modernisierung der Küstenwirtschaft eine gar nicht hoch genug einzuschätzende Rolle gespielt hatte. Aus der späteren Sicht der Reformer muß die Liquidierung dieser wirtschaftlich so ungemein effizienten Schicht/Klasse fast wie eine Katastrophe erscheinen; denn damals wurde ein Großteil jenes Unternehmertums vernichtet, nach dem gerade in den achtziger Jahren so starke Nachfrage besteht. Mit den "Kompradoren" war ferner eine Schicht ausgeschaltet worden, die sich in einer immerhin 100jährigen Geschichte herausentwickelt hatte und die zu einer wichtigen kaufmännischen Ergänzung der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung Chinas geworden war!

Drittens hat auch das - aus damaliger Sicht gewiß verständliche - Vorgehen gegen Überreste der Guomindang, vor allem gegen das Beamten- und Offizierskorps des Ancien Régime, tiefe Wunden hinterlassen, die gerade bei der Wiedervereinigungsdiskussion immer wieder aufbrechen.

Viertens hat man im chinesischen Bürgertum - sowie bei der Guomindang - auch nicht vergessen, daß die KPCh ihr Versprechen, die Neue Demokratie noch über Jahrzehnte aufrechtzuerhalten, schon mit dem Beginn der "Fünf-Anti-Bewegung", d.h. bereits 1952, zu brechen begann. Kein Wunder, wenn bei den so häufig angesprochenen "Landsleuten" in Hongkong, Taiwan und nicht zuletzt auch in Südostasien immer wieder Skepsis aufkommt, ob "die" Kommunisten wohl diesmal ihr Wort halten.

Fünftens sollte man das Tibet-Trauma nicht vergessen, das durch die "Befreiung" von 1951 hervorgerufen wurde und das, wie die Ereignisse von Ende 1987 zeigen, nicht so schnell in Vergessenheit gerät. Auch der Koreakrieg zeigt nach wie vor außenpolitische Nachwirkungen. So ist beispielsweise das gespannte Verhältnis Chinas zu Südkorea und die Diskussion um die Teilnahme chinesischer Sportler an den Olympischen Spielen in Seoul nach wie vor von den Ereignissen der Jahre 1950 ff. überschattet.

Eine sechste, wenn auch verhältnismäßig harmlose Nachwirkung von damals ist das Fortleben von Eigentumsansprüchen zahlreicher ausländischer Firmen, die 1949 ff. expropriert wurden. Am 5. Dezember 1987 wurde z.B. ein Abkommen mit der britischen Regierung unterzeichnet, demzufolge alle ehemals enteigneten britischen Firmen ihre "historischen" Entschädigungsansprüche bis Ende 1988 bei der Bank of China anmelden sollen (141).

Das Hauptgeschehen in der kurzen Übergangsperiode 1949-52 ist aber, wie gesagt, das Jahrhundertereignis der Bodenreform und der damit zusammenhängenden Liquidierung des "Feudalismus und Halbfeudalismus".

Hier muß man sich freilich sofort fragen, ob durch die späteren Vergenossenschaftungs- und Volkskommunalebewegungen nicht neue "neo-halbfeudalistische" Verhältnisse entstanden sind. Ein solcher Eindruck drängt sich nicht nur dem unvoreingenommenen ausländischen Beobachter auf, sondern ergibt sich zwischen den Zeilen auch bei der Lektüre reformerischer Betrachtungen über den Geist der Jahre 1958 ff. und 1966 ff. Damals wurden, wie es in der berühmten ZK-Resolution "Über einige Fragen in unserer Parteigeschichte seit Gründung der VR China" vom 27.6.1981 heißt (142), zahlreiche "linke Fehler" begangen, und zwar durch die "leichtfertig" ausgelöste Kampagne zur Errichtung ländlicher Volkskommunen sowie durch "blinden Dirigismus, Übertreibung von Produktionsziffern und durch den damals üblichen 'kommunistischen Wind'".

Insofern wären die Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft, wie sie nach 1978 ergriffen wurden, eine Art "zweiter Befreiung" - diesmal vom "Neo-Halbfeudalismus"!

Anmerkungen:

- 1) Zur Umerziehung der Prostituierten vgl. Liang Yin-men, "Peking Prostitutes Reform Themselves" in: PC, 1.2.50, S.22 und "The Return to Daylight. The Reform of Peking Prostitutes" in: PC, 16.3.50, S.12 ff.
- 2) Dazu im einzelnen Zhen Yung-wen, "Democratic Management in Public Enterprises" in: PC, 1.5.50, S.9 ff.
- 3) Zhongyang caijing zhengzhi faling hui-bian: "Sammlung von Gesetzen und Verordnungen über die Zentrale Finanz- und Wirtschaftspolitik", Bd.III, Beijing 1952, S.403-407.
- 4) Maoyi zhuanye zonggongsi.
- 5) Ausführlich dazu Oskar Weggel, "Das Außenhandelsrecht der VR China", Baden-Baden 1976, S.171 ff.
- 6) Näheres dazu Li Ching-yun, "New China's Foreign Trade", PC, 1.4.51, S.5 ff.
- 7) Die Konferenz fand vom 13.-25.2.1950 statt.
- 8) Angaben über Ausgaben und Einnahmen im Haushaltsjahr 1950 in: PC, 1.2.50, S.6, 27.
- 9) Zur Wiederherstellung des Eisenbahnwesens in Rekordzeit vgl. Liu Sin-hwa, "The Record Restoration of Chinese Railways" in: PC, 16.2.50, S.10 ff.
- 10) Dazu Chen Yun in: PC, 16.5.50, S.25.
- 11) Im einzelnen Yang Pei-hsi, "How China Conquered Inflation" in: PC, 16.6.50, S.7-9.
- 12) Ebenso PC, 14.5.50, S.3 f.
- 13) PC, 16.5.50, S.5 ff.
- 14) @ 3 des Gesetzes über die Organisation der Zentralen Volksregierung vom 27.9.1949.
- 15) @ 5, ebenda.
- 16) Näheres dazu Oskar Weggel, "Xinjiang. Das zentralasiatische China. Eine Landeskunde, Hamburg 1984, S.168 ff.
- 17) Ebenda, S.175 mit Nachweisen.
- 18) Ein Beispiel dafür ebenda, S.178.
- 19) Mao, A.W., Bd.V, S.23-29.
- 20) Abgedruckt in: ZHRMGHG fagui xuan-ji: "Ausgewählte Rechtsbestimmungen der VR China", Beijing 1956, S.269-274, fortan FGXJ.
- 21) Ebenda, S.127.
- 22) Ebenda, S.136-160.
- 23) "Ten Great Years, Statistics of the Economic and Cultural Achievements of the People's Republic of China", Peking 1960, S.16-17.
- 24) Peking Review 1958, Nr.6, S.7.
- 25) RMRB, 20.9.56.
- 26) André Malraux, "Antimemoiren", Frankfurt/M. und Hamburg 1971, S.391 ff.
- 27) Einzelheiten dazu Oskar Weggel, "Die Kampagne ist tot, es lebe die Strukturreform - Eine weitere Kehrwendung im nachsozialistischen China" in: C.a., Januar 1984, S.24-30.
- 28) Supplement to PC, 16.10.50, S.18.
- 29) C.K.Yang, "Chinese Communist Society: The Family and the Village", Cambridge/Mass. and London, England, 2nd Printing 1966.
- 30) Ebenda, Teil 2, S.41.
- 31) Ebenda, S.49.
- 32) Ebenda, S.50 f.
- 33) Ebenda, S.56 f.
- 34) Ebenda, S.69.
- 35) Beschreibung dazu William Hinton, "Fanshen. Dokumentation über die Revolution in einem chinesischen Dorf", Frankfurt 1972, Bd.I, S.45.
- 36) Ebenda, S.45 f.
- 37) Antimemoiren, a.a.O., S.397.
- 38) Hinton, a.a.O., S.45.
- 39) So Mao Zedong nach Malraux, a.a.O., S.391.
- 40) Mao, A.W., Bd.IV, S.159.
- 41) Ebenda, S.209 ff.
- 42) Hinton, a.a.O., S.26.
- 43) Dazu Cheng Lien-tuan, "Why China Preserves the Rich Peasant Economy" in: PC, 16.10.50, S.12 ff.

- 44) FGXJ, a.a.O., S.136-164.
- 45) Hinton, a.a.O., S.182.
- 46) Ebenda, S.160 ff.; zum Prozeßschema vgl. ferner PC, 16.7.50, S.19 ff.
- 47) Hinton, a.a.O., S.160 f.
- 48) RMRB, 25.3.51.
- 49) RMRB, 3.4.51.
- 50) Richard L.Walker, "Die Menschenopfer des Kommunismus in China", Wien 1974, S.21.
- 51) So z.B. Liao Lu-yen, "Rural Class Status and Land Reform" in: Supplement to PC, 16.10.50, S.17 ff.
- 52) Hinton, a.a.O., S.216.
- 53) FGXJ, a.a.O., S.139 f.
- 54) Näheres dazu Chu Mei-fang, "Li Shun-ta and his Mutual Aid-team", PC, 1.1.51, S.19 ff.
- 55) PC, 16.3.51, S.29.
- 56) Zur Coop-Bewegung vgl. auch PC, 16.12.50, S.19 ff.
- 57) Chen Cheng, "Land Reform in Taiwan", Taipei 1961.
- 58) FGXJ, S.269-274.
- 59) Ausführlich dazu Oskar Weggel, "Das Ehe- und Familienrecht der VR China", C.a., September 1976, S.449-469.
- 60) RMRB, 30.12.50.
- 61) Chow Ching-wen, "Ten Years of Storm", New York 1960, S.115 ff.
- 62) RMRB, 22.4.51.
- 63) RMRB, 1.10.51.
- 64) RMRB, 3.8.56.
- 65) RMRB, 20.9.56. Zu den Ansichten Mao Zedongs über die Unterdrückung der Konterrevolutionäre vgl. Mao, A.W., Bd.IV, S.51-54 und 55-59.
- 66) FGXJ, a.a.O., S.255-258.
- 67) Ebenda, S.259 f.
- 68) So Mao, A.W., Bd.IV, S.56.
- 69) Chow, a.a.O., S.108 ff.
- 70) Ebenda, S.110.
- 71) Ebenda, S.112.
- 72) Richard L.Walker, "China unter dem Kommunismus - Die ersten fünf Jahre", Stuttgart 1956, S.248.
- 73) "Der begeisterte Selbstmord. Im Gefängnis unter Mao Tse-tung", Freiburg 1967.
- 74) Ebenda, S.73.
- 75) Ebenda, S.82.
- 76) Ebenda, S.269 f.
- 77) Ebenda, S.278.
- 78) Ebenda, S.279 f.
- 79) Ebenda, S.280 f.
- 80) RMRB, 15.12.51.
- 81) Mao, A.W., Bd.V, S.68.
- 82) RMRB, 10.2.53.
- 83) Chow, a.a.O., S.124 (Augenzeugenbericht).
- 84) Mao, A.W., Bd.V, S.68.
- 85) He Ganzhi, "Zhongguo xiandai geming shi" (Geschichte der gegenwärtigen Revolution in China), Hongkong 1958, S.366 f.
- 86) RMRB, 10.12.53.
- 87) Einzelheiten dazu bei Hinton, a.a.O., S.302 ff.
- 88) Ebenda, S.315 ff.
- 89) Mao, A.W., Bd.V, S.71.
- 90) Ebenda, S.71.
- 91) Ebenda, S.74.
- 92) RMRB, 1.10.52.
- 93) Peter S.H.Tang und Joan M.Maloney, "Communist China: The Domestic Scene 1949-1967", New Jersey 1967, S.492 f.
- 94) Chow, a.a.O., S.132.
- 95) Ebenda, S.133.
- 96) RMRB, 5.12.51.
- 97) RMRB, 24.10.51.
- 98) RMRB, 5.12.51.
- 99) RMRB, 8.1.52.
- 100) Journal of Asian Studies, Nr.XVI, November 1956, S.76-86; ähnlich auch Theodore H.E.Chen, "Thought Reform of Chinese Intellectuals", Hongkong 1960.
- 101) Mao, A.W., Bd.V, S.60 ff.
- 102) Im einzelnen dazu Mao, A.W., Bd.III, S.75-80.
- 103) RMRB, 30.1.56.

- 104) Ausführlich dazu "Documents and Speeches on the Peaceful Liberation of Tibet", Supplement to PC, 16.6.56, S.2-12.
- 105) Bericht dazu von Fang De, "Sui jun ru Zang ji" (Bericht über den Einmarsch nach Tibet im Gefolge der Armee), Beijing 1952.
- 106) Ausführlich dazu und mit merkwürdiger Begründung Israel Epstein, "Vom Opiumkrieg bis zur Befreiung", Beijing 1985, S.261 ff.
- 107) Näheres zu diesen drei Argumentationslinien bei Oskar Weggel, "China und Tibet: wie Feuer und Holz" (Betrachtungen zur chinesischen Tibetpolitik), C.a., September 1983, S.744-760. Ausführliche Literatur zur "Okkupationsfrage" vgl. ferner bei Peter Lindegger und Rosmarie Küng: Sachkatalog der Sekundärliteratur im Tibet-Institut Rikon/Zürich, September 1981, vor allem S.43-50.
- 108) Mao, A.W., Bd.V, S.42 f.
- 109) Weitere Einzelheiten in: Kielmansegg, Johann Adolf Graf, und Weggel, Oskar, "Unbesiegbar? China als Militärmacht", Stuttgart, Herford 1985, S.44 ff.
- 110) PC, 16.5.50, S.7.
- 111) Mao, A.W., Bd.V, S.27.
- 112) So Wu Xiuquan, "Acht Jahre im Außenministerium", Beijing 1987, S.65.
- 113) Ebenda, S.57.
- 114) Ebenda, S.62 und 68.
- 115) Ebenda, S.69.
- 116) Ebenda, S.78.
- 117) Ebenda, S.71.
- 118) Ebenda, S.80.
- 119) Ebenda, S.93.
- 120) Zu dieser "Verweigerungs"-Haltung vgl. Oskar Weggel, "Weltgeltung der Volksrepublik China. Zwischen Verweigerung und Impansionismus", München 1986, S.18, 32, 35, 153 und 278.
- 121) Wu, a.a.O., S.5 ff.
- 122) Zitiert bei Tschiang, 1957, S.199.
- 123) Wu, a.a.O., S.6.
- 124) Ebenda, S.17.
- 125) Auf deutsch abgedruckt in: "Verträge der VR China mit anderen Staaten", bearbeitet im Institut für Asienkunde, Hamburg, Bd.XII/5, Wiesbaden 1971, S.354-356.
- 126) Ebenda, S.356-358.
- 127) Ebenda, S.358.
- 128) Ebenda, S.360.
- 129) Ebenda, S.362 f.
- 130) Ebenda, S.360 f.
- 131) Ebenda, S.369 f.
- 132) Wu, a.a.O., S.23.
- 133) Ebenda, S.25 f.
- 134) Ebenda, S.31 f.
- 135) Verträge, a.a.O., S.365.
- 136) Zur chinesischen Außenpolitik der Frühzeit vgl. auch Mao, A.W., Bd.IV, S.155 und 394.
- 137) Nähere Erörterung zu dieser Streitfrage in dem halbamtlichen "Kursen Abriss der chinesischen Geschichte" von Jian Bozan, Shao Xunzheng und Hu Hua, der auf Beschluß der Gesellschaft für Chinesische Geschichte 1951 von führenden chinesischen Historikern als Handreichung für ein breites Publikum erarbeitet und 1956 erstmals herausgegeben wurde. Neuaufgabe Beijing 1982, vor allem S.14 ff.
- 138) Mao Zedong, "Über die Neue Demokratie" in: A.W., Bd.II, S.397 f. und "Kurzer Abriss", a.a.O., S.134 f.
- 139) Mao, A.W., Bd.II, S.398.
- 140) So im Kurzen Abriss, a.a.O., S.268 f.
- 141) XNA, 5.12.87, zit. nach SWB, 7.12.87.
- 142) BRu 1981, Nr.27, S.18.

Yu-Hsi Nieh

Jiang Jingguo

und sein politisches Erbe

Zur neuen politischen Konstellation in Taiwan

I. Kurzbiographie Jiang Jingguos

Am 13.Januar d.J. starb Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), Präsident der Republik China und Vorsitzender der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang; im folgenden GMD), auf Taiwan im Alter von 77 Jahren. Nach offiziellen Angaben erlag er einem Herzschlag, der durch starkes Bluterbrechen und einen Schock verursacht worden war.¹

Familie, Ausbildung und Leben in der UdSSR (1910-1937)

Jiang Jingguo war der älteste Sohn von Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek), der 1975 während seiner Amtszeit als Staatspräsident der Republik China in Taiwan starb. Jiang junior kam am 27.April (nach dem traditionellen chinesischen Mondkalender am 18.März) 1910 in Xikou im Kreis Fenghua der südöstlichen chinesischen Provinz Zhejiang zur Welt. 1916-1921 erhielt er eine konfuzianische Erziehung zunächst in der Wushan-Schule in seinem Heimatort und später in der Longjin-Schule in der Kreisstadt Fenghua. 1922-1925 hielt er sich in Shanghai auf und besuchte dort die modernen Schulen von Wanzhu und Pudong. Aufgrund seiner Beteiligung an einer Massendemonstration Ende Mai 1925 gegen die Kolonialmächte Japan und England in den Konzessionsvierteln der chinesischen Metropole wurde er von der Schule verwiesen. Daraufhin ging er nach Beijing, wo er eine private Fremdsprachenschule besuchte, deren Leiter, Wu Zihui, ein Vorkämpfer der GMD und Freund Jiang Jieshis war. Bald wurde er wieder wegen seiner Teilnahme an einer Demonstration gegen die Regierung in Beijing verhaftet. Nach der Frei-

lassung kehrte er im August 1925 zu seinem Vater nach Guangzhou (Kanton), dem revolutionären Stützpunkt der GMD, zurück.²

Dort leitete Jiang Jieshi die Kadettenanstalt von Huangpu (Whampoa Military Academy), die 1924 mit sowjetischer Unterstützung gegründet worden war. Im Auftrage Sun Yixians (Sun Yatsen), dem Gründer der GMD, hatte Jiang Jieshi im Jahre 1923 von August bis November Moskau besucht, um dort die sowjetische Parteimaschinerie und deren politische und militärische Struktur zu studieren. 1925 war die GMD noch eng sowohl mit den Russen als auch mit den chinesischen Kommunisten verbündet. So konnte Jiang Jingguo ohne große Schwierigkeiten von seinem Vater die Erlaubnis bekommen, zur Weiterbildung in die Sowjetunion zu reisen.

Mit einer Gruppe junger Chinesen kam Jiang Jingguo im Oktober 1925 in Moskau an. Sein Leben in der Sowjetunion, das insgesamt elf Jahre und sechs Monate dauerte, war wie ein Abenteuer. Gleich nach der Ankunft wurde er an der Sun Yat-sen Universität, einer Anstalt für die Ausbildung chinesischer Revolutionäre in der sowjetischen Hauptstadt, aufgenommen, und im Dezember desselben Jahres trat er in das Kommunistische Jugendkorps ein. Als er im April 1927 gerade den Lehrgang absolvierte, begann in China die antikommunistische Säuberungsbewegung des rechten GMD-Flügels unter der Führung von Jiang Jieshi während des Nordfeldzuges der chinesischen Revolutionsarmee gegen die Warlords (Militärmachthaber). Obwohl Jiang Jingguo seinen